

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abozessensatz mit der idgl. Unterhaltungsbeiträge Leben, Willen, Kunst
und der Brauchtum und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 10 Pf.
Zur Zeit bezogen vierjährig M. 2.75, unter Kreisband für Deutschland und
Österreich-Ungarn M. 5.— Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: St. Zwingerstraße 14, II. Tel. 2465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: St. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Postkosten werden die geprägten Postzettel mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Überholzung wird Rabatt gewährt. Versandzeuge 25 Pf. Untere müssen
bis spätestens 1/2 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 85.

Dresden, Sonnabend den 13. April 1912.

23. Jahrg.

Ein militärischer Köder.

Gl. Den Interessen des Militarismus liegt natürlich viel daran, die Arbeiter für die geplante Vermehrung vom Heer und Marine günstig zu stimmen, oder doch wenigstens ihren Widerstand gegen die ungewöhnliche Wehrbelastung des Volkes abzuschwächen. Deshalb begegnet man in der kapitalistischen Presse immer wieder der Behauptung, daß die Arbeiter nicht minder ein Interesse an der Neubeschaffung von Kriegsmaterial, insbesondere von neuen kostspieligen Kriegsschiffen hätten wie die Unternehmer. Würden neue Dreadnoughts gebaut, so erhielten Tausende von Arbeitern lohnende Beschäftigung. Da die Arbeiterschaft Deutschlands insgesamt fast ständig unter Arbeitslosigkeit zu leiden habe, müßte sie den Neubau von Kriegsschiffen und die Wehrbeschaffung von sonstigem Kriegsmaterial freudig begrüßen. Solche Betrachtungen flingen aus dem Appell an die Arbeiter: Tretet ein für die Wehrvorlage; sie beschafft euch Arbeitsgelegenheit!

Auf diesen militärischen Köder haben die Arbeiter in anderen Ländern, wie in England, wo die sozialistische Auseinandersetzung nur schwach in die Massen gedrungen war, früher hin und wieder angeblissen. Sie wurden dann als Musterbilder des wahren Patriotismus dem deutschen Arbeiter angepriesen. Auch bei uns zulande gibt es noch genug Arbeiter, die am Ganghofer des Zentrums oder anderer kapitalistischer Parteien einherlaufen, und die deshalb unaufgelistet genug sind, um sich mit solchen Mitteln für die kapitalistischen Interessen einzutragen zu lassen. Wie verhält es sich nun aber in Wirklichkeit mit der Arbeitsbeschaffung durch Kanonenegiziere und Kriegsschiffbau?

Wird, um bei diesem Beispiel zu bleiben, ein Dreadnought auf Stapel gelegt, sei es in Privatwerken oder im Staatsbetrieb, so ist dazu zweifellos eine große Anzahl Arbeiter erforderlich. Vollert für sich betrachtet, wird also aus diesem bestimmten Anlaß, zum Zweck eines Kriegsschiffbaues, neue Arbeitsgelegenheit beschaffen. Die Mittel dazu jähren aber nicht wie ein bestechender Goldregen in den Schoß der Dame vom Himmel herunter, sie werden durch den Reichshaushaltbereit gestellt. Das Reich muß für den neuen Dreadnought rund 50 Millionen Mark beschaffen. Es hat diese Summe den Steuerzahler abzunehmen, sei es, daß dagegen direkte Abgaben oder, wie in der Hauptfache, indirekte Steuern und Zölle verändert werden. Diese Steuerguthaltung kommt darauf hinaus, daß der Reinertrag der Einnahmen aller Reichseinwohner insgesamt um 50 Millionen Mark geschmälert wird.

Wie wirkt nun die Einkommensschmälerung auf die Bevölkerung ein? Insosfern Kapitalisten und Unternehmer davon betroffen werden, kann sie direkt die Verringerung des alljährlich neu dem bestehenden Arbeitskapital zugeführten Kapitals bewirken und auf solche Weise die Beschaffung von neuer Arbeitsgelegenheit an anderen Stellen als gerade auf den Kriegsschiffwerken verhindern. Da die Hauptlast unserer Reichsabgaben aber auf den konsumierenden Massen liegt, vollzieht sich die Nachwirkung jener Verwendung von Reichsgeldern keineswegs auf andere Weise.

Zwielichtige Steuern und Zölle bewirken eine Versteuerung der Verbrauchsartikel, auf die jene Abgaben gelegt sind. Muß der Arbeiter mehr für die zur Fortführung seiner Lebenshaltung erforderlichen Verbrauchsartikel ausgeben, so wird sich, wenn er bisher jährlich einen Überschuss erzielt hat, dieser Überschuss und damit seine Sparumlage verringern. In diesen Fällen würde also der Besteuerungseffekt die nämliche Wirkung haben wie bei den Kapitalisten. Er würde die Verlangsamung der Kapitalbildung und somit die Schädigung der Arbeitsgelegenheit herbeiführen. Die Anfangszeit von Sparpfannen spielt aber im Arbeitshaus nicht eine seltene und sehr geringfügige Rolle. Sie mußte hier jedoch erwähnt werden, um nebenfachlichen Gegenargumenten von vornherein die Spize abzubrechen.

In der Hauptfache wirken alle Konsumabgaben durch Preiserhöhung auf die Verringerung des Warenaustausches oder auf die Abschaffung minderwertiger an Stelle besserer Waren hin. Mit anderen Worten: die steuerliche Belastung des Konsums führt zur Herabsetzung der Lebenshaltung der Konsumanten. Dabei kann sich natürlich diese Herabsetzung der Lebenshaltung auf recht mannigfaltige Weise durchsetzen. Sei es, daß der einzelne genötigt ist, eine minderwertige Wohnung zu mieten, oder sich dringender zu leiden, oder gar, was das nachteiligste ist, sich in der Nahrungsmittelbeschaffung einzuschränken. Die Herabsetzung der Lebenshaltung eines Volkes kommt aber im Augenblick auf dessen Verkümmern hinaus.

Aber mit der Herabsetzung der Lebenshaltung, mit der Verkümmung des Volkes endigt sich die Wirkung der Einkommensschmälerung durch Abgabenhöhung nicht. Kann die Bevölkerung weniger für Wohnung, Kleidung oder Nahrung ausgeben, so wird dadurch auch entsprechend die zur Lebenshaltung notwendige Arbeit verringert. Auch auf diesem Umwege erhält also die Konsumbelastung die nämliche Wirkung wie durch direkte Einschränkung der Kapitalbildung. Die Arbeitsgelegenheit wird geschmälert.

Gehen wir also den Spuren einer Wehrbeschaffung von Kriegsmaterial sorgfältig nach, so kommen wir zu dem Ergebnis,

daß der geprägte Vorteil der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit an der einen Stelle, durch Bau eines Dreadnoughts zum Beispiel, weitgemacht wird durch Verringerung der Arbeitsgelegenheiten an anderen Stellen, die sich allerdings, im einzelnen schwer nachweisbar, über das gesamte Wirtschaftsgebiet des Reiches verteilen. Es handelt sich also bei Verringerung von Kriegsschiffsbauten nicht um eine Neubeschaffung, sondern um eine Verschiebung von Arbeitsgelegenheit. Der schwere Nachteil dieser Verschiebung der Arbeitsgelegenheit von unendlich vielen auf eine einzelne Stelle ist der, daß die produktive Arbeit durch unproduktive ersetzt wird, daß die erhöhte Fertigung von Kriegsmaterial erkauft wird mit einer weiteren Heraabsetzung der Lebenshaltung, mit der fortwährenden Verkümmung des Volkes.

Man kann uns auch nicht mit dem Einwand kommen, daß die erwähnte Verringerung der Arbeitsgelegenheit nicht merklich und wegen der geringfügigen Wirkung an den einzelnen Stellen auch nicht beachtlich sei, während die Aussiegung eines neuen Kriegsschiffes auf Stapel an einer Stelle eine sehr wahnehmbare und wirksame Vermehrung der Arbeitsgelegenheit bedeute. Die über weite Gebiete verteilte Einwirkung eines staatlichen Eingriffs in ökonomische Verhältnisse kommt dem einzelnen fast nie, oder doch nur höchst undeutlich zum Bewußtsein. Sie ist aber doch häufig erfahbar durch die Staatskasse, die z. B. Preisschwankungen der Verbrauchsartikel im Nachlassen und Ansteigen des Konsums fast sicht unmittelbar anzeigen. Auf die Schwierigkeit, durch eingehende Deduktionen oder verdeckte Berechnungen die üblichen Wirkungen politischen Maßregeln nachzuweisen, verlassen sich gerade die Reaktionäre und Militaristen, um das Volk über den Köpfen zu verbücken. Sie haben damit bloß leider auch meist Erfolg gehabt. Um so notwendiger ist es, die eigenen Pläne der Reaktionäre stets dazu auszunutzen, um über ihr Leidens-Ausdrück zu verschaffen. So bietet gerade die Wehrvorlage manifigische Gelegenheit, eine Anzahl Einzelfragen des Militarismus aufzurollen und an ihnen seine Verderblichkeit zu entrollen.

Sozialdemokratische Arbeiter werden zwar keinesfalls mehr auf den satten Zauber hereinfallen, daß der Bau neuer Kriegsschiffe von den Arbeitern als vermehrte Arbeitsgelegenheit bewilligt werden müsse. Sie werden aber häufig genug Gelegenheit haben, ihren unaufgelisteten Arbeitskollegen eine solch falsche, ihnen von den Wortführern des Militarismus eingezeichnete Aussicht aufzutragen.

Ketzgerichte.“

Der Spruch des Solinger Parteischiedsgerichts, der die von dem Schriftsteller Gerhard Hildebrand in seinem Buch „Die Erhöhung der Industrieherrschaft“ ausgedachten Ansichten für unvereinbar mit den Grundsätzen der Partei erklärt und den über den Verfasser verbündeten Ausschluß aus der Partei bestätigt, gibt der liberalen Presse Anlaß, über die Unzulässigkeit der sozialdemokratischen Partei lebhaft Klage zu führen. Auf die von Hildebrand vertretenen Aussichten wird dabei mit keinem Worte eingegangen. Denn wenigstens ein Teil der liberalen Presse, zumal der fortschrittlichen, wird die von Hildebrand vertretenen Ansichten über Kolonialpolitik kaum ablehnen, und vor wenigen Jahren hätte Hildebrand mit diesen Ansichten in der freisinnigen Volkspartei kaum Aufnahme gefunden. Man gibt sich darum keine Rühe, zu untersuchen, ob ein Mann, der in wettpolitischen Fragen auf dem Standpunkt Hildebrands steht, noch als Sozialdemokrat bezeichnet werden kann. Die bloße Tatsache, daß eine Parteinstellung zwischen dem Politiker Hildebrand und der Partei einen Trennungsrückzug gezeigt hat, genügt der liberalen Presse. Über sozialdemokratische Ketzerei zu jammern, und über die Freiheit, wie sie die Sozialdemokratie meint, ihre mehr oder weniger geistreichen Betrachtungen anzustellen.

Auf den Fall Hildebrand soll darum und in diesem Zusammenhang gar nicht weiter eingegangen werden. Denn was hier bestritten wird, ist nicht das Recht der Sozialdemokratie, Hildebrand auszuschließen, sondern das Recht jeder Partei, sich von irgendeinem Mitglied zu trennen, das sich nach der Meinung der Organisation mit wichtigen Parteidoktrinen in Widerspruch gestellt hat. Nach dieser liberalen Auffassung der Freiheit liege sich der Anspruch begründen, innerhalb der konservativen Partei für Freibund und gleiches Preußenwahlrecht zu agitieren, sich als Zentrumsmann für das Gesittungswahlrecht und Ausländerrecht zu begeistern. Es bedarf kaum längeren Nachdenkens, um zu erkennen, daß diese „Freiheit“, wenn irgendeine Möglichkeit bestünde, sie durchzuführen, einer vollständigen Auflösung unseres politischen Parteiwesens gleichkommen und den Parteien das wichtigste aller ihrer Freiheitsrechte nehmen würde, nämlich das Recht zu existieren.

In Wirklichkeit gibt es keine Partei, die willens und imstande wäre, die von der liberalen Presse proklamierten Grundätze der „Freiheit“ in die Tat umzusetzen. Am toleranteren von allen ist vielleicht immerhin die fortschrittliche Volkspartei, die momentan zur Blockzeit eine Zusicherung für realistische Elemente aller Art geworden ist.

Aber auch sie würde in eine äußerst schwierige Lage kommen, wenn die Flugzeuge, Pachtmiete usw. die geheimsten Wünsche ihres Herzens auf offenem Markt ausplaudern würden. Mit Recht erinnert der Vorwärts daran, daß gerade das Berliner Tageblatt, das am lauesten über „sozialdemokratisches Ketzertum“ flagt, erst neulich einem äußerst fragwürdigen Reichsrittermann, Herrn Eichhoff, den Rat gegeben hat, die Partei zu verlassen, indem es ihm ein höhnisches „Adieu, Herr Eichhoff!“ griezt.

Wie ist es aber in der nationalliberalen Partei? Die hat den Herren v. Heyl, Graf Oriola und Lehmann, weil sie gegen die Erbschaftsteuer stimmt, die Elire aufgemacht, sie hat Herrn Beder die Aufnahme in die Reichstagssktion verweigert, sie hat Herrn Wend, den früheren nationalliberalen Landtagsabgeordneten, der sich offen gegen das Reichswohlfahrtsrecht erklärte, genötigt, dort Anschluß zu nehmen, wohin er gehört, nämlich bei den Freikonservativen. Natürlich wäre es bärer Unforn, den Linksliberalen wegen ihres Vorgehens gegen Eichhoff, den Nationalliberalen wegen ihres Auftriebens gegen Heyl, Oriola, Lehmann, Beder, Wend und andere Vorwärts zu machen. Im Gegenteil! Wäre dieses Verhalten auf gründliche Überzeugungen zurückzuführen, woran man allerdings seine Zweifei haben kann, so würde es mir Anerkennung verdienen. Aber Anerkennung oder nicht: jedenfalls handelt es sich auch hier um die Durchführung des ganz selbstverständlichen Grundbages, daß eine Partei bestimmte Anschauungen hat, bestimmte Aktionen unternimmt, daß ihr nur der angehören kann, der diese Anschauungen teilt und ihre Aktionen mitmacht.

Der Staat muß seinen Bürgern volle Meinungsfreiheit gewähren, denn er ist eine Zwangorganisation, in die man nicht freiwillig eintritt und die man, von seitens Fällen abgesehen, auch nicht freiwillig verlassen kann. Der Zusammenschluß der Parteien beruht aber auf Freiwilligkeit und was sie ein ist, ist nicht der Zwang, sondern die Überzeugung.

Mit alledem ist natürlich nicht gelehnt, daß eine Partei durch Engherzigkeit und übertriebene Ausdehnungen sich selber verrückt, ihre eigenen Interessen auf schwere schädigen kann. Aber wie weit oder wie eng eine Partei ihr Haus baut, ist stets ihre eigene Sache. Einen Eingriff in die persönliche Freiheit bedeutet ein solcher Ausschluß auf keinen Fall, ihn mit den terroristischen Mitteln der staatlichen Staatsgewalt in Parallelen legen, heißt mit Begriffen Gangball spielen und die Latzjaken auf den Kopf stellen.

Gelbe Heldentaten.

In Paris stehen die Chauffeure seit Monaten in einem Streik, der an Gewalttaten des Streikbrechers so reich ist, wie bisher seit ein Ausland. Trotzdem der nun schon in den vierten Monat eingetretene Streik mit einer in Paris bisher ungelaufenen Disziplin geführt wird, deshalb man immer von „Bedrohungen“ der bloßen Arbeitswilligen zu lesen, und einmal wurde sogar von der Polizei ein ganzes Bombenkomplott aufgetischt, das man aber mit leichter Mühe wieder verhindern ließ. So lägenhaft alle diese Schlägereien waren, so gaben sie den Unternehmern doch den Vorwand, die Streikbrecher mit Schlagwaffen auszustatten und so die Sicherheit für die öffentliche Sicherheit zu verdoppeln. Seitdem die vom Streik betroffenen Gewerkschaften ein paar Tagen gewissenlose Versicherungen aus der Schicht der Bettelassierten gefunden haben, die nach einem beschleunigten „Unterricht“ mit einer behördlichen Abschließung ausgestattet wurden, daß sich die Zahl der Automobilfahrer unverhältnismäßig vermehrt. Auch diese Bourgeoisie, die um ihre Wohlheit besorgt sind, liegen doch trügerisch in eine Automobilzofie erst in, wenn ihnen der Laster seine Gewerkschaftsliste gezeigt hat. Aber wie die Polizei über diese von den unfähigen Wagenfahrern drohende Gefährdung des Publikums milde hinwegsieht, so deutet sie auch die Augen zu, wenn Arbeitswillige renommiert mit ihren Schlägern herumziehen, trotzdem angesichts der letzten Apachenräderei der Ruf nach weiteren Einschrankungen des Waffentragens von der ganzen Ordnungspresse aufgenommen worden ist. Das aber die Grenzlinie zwischen dem Apachen und der Welt, aus der das Unternehmertum seine Streikbrecher mit Vorliebe holt, nicht scharf gezogen ist, hat die Kette der Schiedsgerichte gezeigt, die für die Streikbrecher leisten: Vor Wochenstift wurde nachts ein Sekretär der Transportarbeiter-Gewerkschaft, Genosse Guinchard, auf dem Heimweg auf Montmartre angefallen. Der Überfall, der von mehreren Personen ausgeführt wurde, begann mit Revolverschlägen, von denen einer die Schläfe streifte, und wurde mit Faustritten, Faustschlägen und Messerstichen fortgesetzt. Guinchard wurde überwältigt und verlor die Gleichgewicht einen der Angreifer festzuhalten, als Schlägente am und die anderen Streiche vor ihnen die Blüte ergriffen. Der Hergenommene entpuppte sich als Streikbrecher.

Einen weit schrecklicheren Ausgang hat ein großer Zug genommen, den die Streikbrecher in Belleville-Viertel, dem Hauptort der Automobilindustrie, angerichtet haben. Er begann damit, daß die Arbeiter plötzlich – anscheinend aus bloßer Wohltätigkeit – die Straße auf und während im Hintergrunde die Verfassung eines harmlosen Sparvereins stattfand. Als die Teilnehmer dieser Versammlung auf die Straße eilten, um den fliehenden Arbeitern nachzusehen, gesellten sich auch einige Streiche zu ihnen, die gerade aus ihrer Versammlung in der vom Chauffeurpublikum errichteten Maison Commune fanden. Die Revolverteben wollten sich in die Garage der Bima, bei der sie arbeiteten, retten. Da waren aber die

Verfolger auf den Herzen waren, wandten sie sich plötzlich um und begannen eine neue Flucht. Unterwegs fingen Schauspieler herbei, die sofort, ohne zu wissen, wozu und auf wen, auch loszulaufen begannen. Plötzlich sah man den 25-jährigen streitenden Chauffeur Vedome zusammenstürzen. Er hatte eine Revolverkugel in den Bauch bekommen. Man trug ihn in ein nahe gelegenes Krankenhaus, wo er aber sofort starb.

Nun ist der ungünstliche Vedome in die Grube versunken, werden auch schon neue gelbe Spahntafeln festgestellt. Heute auf Sonnabend vergangener Woche wurden aus zwei Automobilen in einer Straße von Verballis-Perron zahlreiche Revolverkugeln abgefeuert. Die Passanten flüchteten in die noch geöffneten Gasthäuser. In eines dieser Lokale drangen plötzlich mehrere Leute ein, die den Automobilen entstiegen waren; es waren Gendarmen und Streitbrecher. Diese trugen Revolver in der Hand. Eine von ihnen deutete auf einen der Flüchtlinge, einen stellenden Chauffeur namens Paul Louis, den zwei Gendarmen in die Mitte nahmen. Aber aus der Streitbrechergruppe löste sich nun ein Individuum los, das auf Louis zutrat und aus nächster Nähe einen Revolverbeschuss gegen seinen Unterkiefer abgab. An folge einer instinktiven Bewegung des Angegriffenen traf das Geschoss nur den Beinwinkel und den Oberschenkel. Die Wunde ist gleichwohl schwer. Die im Krankenhaus vorgenommene Radiographie hat noch kein bestimmtes Ergebnis gezeigt.

Louis wurde als den Täter mit aller Bestimmtheit einen Streitbrecher namens Gattin. Die Polizei dagegen nannte einen gewissen Vermigny als den Schuldigen. Vermigny ist mit der Waffe in der Hand festgenommen worden, leugnet aber, die Tat vollständig begangen zu haben. Überhaupt wird die Sache von der Polizei und ihrer Presse jetzt so dargestellt, dass die Streitbrecher die Angeklagten gewesen seien. Aber selbst gesteht der Fall, dass Streitende, wie es heißt, einen mit Gelben besetzten Wagen wirklich mit Steinwürfen attackiert hätten, rechtzeitig diese Steinwürfe die Nachtpatrouille mit Revolvern und den Einbruch in das Gefäßhaus? Und wie ist die ungewöhnliche Kooperation der Gendarmen mit den bewaffneten Gelben zu erklären? Zugleich mit Vermigny ist noch ein anderer Gelber namens Blanckard verhaftet worden, der ebenfalls einen Revolver trug. Es ist notorisch, dass die Streitbrecher ihre Waffen vom Unternehmer-Konsortium erhalten haben, das, ehe es die billigen Forderungen der Streitenden erfüllt, lieber einen permanenten Friedestand in Verballis-Perron und in den anliegenden Stadtteilen herzustellen und in seinem provokatorischen Verhalten durch die Hilfe der Polizei bestärkt wird. Das ist eine weitere Ungeheuerlichkeit. Die Regierung bemüht sich um einen Ausgleich. Über die Unternehmer lehnen das von den Arbeitern gewünschte Schiedsgericht ab und führen gegen das allgemeine Interesse Krieg mit Hilfe der polizeilichen Nebenregierung.

Erstaunlicherweise hat die Hoffnung des Konsortiums, die Streitenden auszuhängen, ebenso wenig Aussicht auf Erfüllung wie die, den Friede mit den sogenannten Gelben in Gang zu bringen. Die Bilanz des organisierten Streitbrechers zeigt sich aus zahlreichen Schwächen und den Passanten, Fahrgästen und Wagen zusammen. Bis zur Aushungierung der Chauffeure aber dat es noch gute Wege. Das Konsortium hatte auf das Haushaltserstreben als Bundesgenossen spekuliert und vom Anfang im April eine entscheidende Wendung zu seinen Gunsten erwartet. Die Organisation der Chauffeure aber war nach drei Streitmonaten noch stark genug, einen Stich durch diese Rechnung zu machen, indem sie den Streitenden einen außerordentlichen Zuspruch zur Bezahlung des Lohnes zur Verfügung stellte.

Die bürgerliche Presse des In- und Auslandes aber bewährt sich, den Streit zu verbreitigen, indem sie über die Gewalttat der Gelben hinausgeleitet und dafür allerhand unlösbarbare Sensations-Meldungen über angebliche Anschläge der Streitenden austüft.

Die neueste Sensations-Meldung.

Paris, 12. April. In einer Automobilrolle, die heute morgen ihre erste Ausfahrt machte, explodierte nahe dem Pariser Bahnhof eine Bombe. Durch die nach allen Seiten geschleuderten Wagenteile wurden der Chauffeur und zwei Passagiere verletzt.

Deutsches Reich.

Die Brücke nach rechts.

Der rechte Flügel der Nationalliberalen hat sich die Zügel zum Nationalsozialismus erfreut. Nachdem in Duisburg gewählten Herrn Dr. Böttiger ergreift dort jetzt der in Dortmund durchgetretene Regierungsrat Leidig das Wort, um ebenfalls den "Nationalsozialismus" derer um Böhmermann zu verdammten und für einen innigeren Anschluss an die Partei der Rechten Stellung zu machen. Noch gibt der ehemalige Sonditus des Centralverbandes deutscher Industrieller zu, dass auch der Bund der Landwirte und die Konservativen unter Heydebrands Führung Fehler gemacht hätten, aber die Nationalliberalen dürfen auch nicht vergessen, dass diejenigen Bevölkerungsschichten, die in der konservativen Partei ihre Vertretung fanden, dieselben seien, mit denen sie Jahrzehnte hindurch gegen die sozialistischen Parteien die Steine zum Aufbau des nationalen Staates zusammengetragen hätten.

Das sind Töne, die den lebhaftesten Beifall der Post hervorrufen. Sie wünscht den Befreiungen dieser Kreise auf dem Parteidienstag von Herzen Erfolg. Nur eine Lüde hat sie in den Leidighen Ausführungen entdeckt, sie vermisst die Betonung der Notwendigkeit eines Zusammengehens auch mit dem Zentrum. Auf derselben Seite, auf der sich die Wahrung zum Frieden mit den Konservativen findet, veröffentlicht die Post dann aber auch einen Aufruf des antiallerierten Reichsverbandes, in dem dann an der Zentrumspartei kein gutes Haar gelassen wird, der vorgemessen werde, sie schließe sich an, auf dem Umweg über Wladimir den Grundstein des internationalen Ultramontanismus zur Durchführung zu bringen, sie übe bei der Benennung des Tempos unseres Flottenbaus einen brennenden Einfluss aus und andere Schandtaten mehr.

An dem Vorhandensein all dieser niederträchtigen Absichten, die jeden Patrioten mit Entsetzen erfüllen müssen, zweifelt die Post keinen Augenblick, denn sie entbündet sich jeder Bemerkung zu dem Aufruf des Reichsverbandes. Wenn sie nicht tödlicheren die Nationalliberalen belästigt, um des Heils unseres innerpolitischen Lebens willen mit der so gekennzeichneten Gesellschaft zusammenzugehen, so können wir uns ungefähr eine Vorstellung davon machen, wie groß die Anstrengungen sind, die die Post und die Kreise, in deren Namen sie spricht, durch eine Niederlage der "Allliberalen" bedroht sieht.

Giulietto.

Wilhelm II., der einst den Röglern den Rat gab, den deutschen Staub von den Panzern zu schützen, soll neuerdings noch einer italienischen Welle unter die Unzufriedenen gegangen sein. Er soll nämlich, wie der Deputierte Camini in der Stompa berichtet, gefragt haben:

"Wenn ich ein so intelligentes und patriotisches Volk wie das italienische hätte, würde ich die Hälfte Europas erobern."

Das Ausland wird aus dieser Neuerung den Schluss ziehen, dass die hochstiegenden Großererpläne Wilhelms II. nur

an der Unimitt und Vaterlandslosigkeit des deutschen Volkes scheitern. Die intelligenten und patriotischen Italiener erfahren aber, dass sie mit Wilhelm II. an der Spitze half Europa erobern könnten, während es ihnen mit ihrem traurigen Victor Emanuel nicht einmal gelang, das bishörige Tripolis zu gewinnen. Somit liegt für sie der Gedanke außerordentlich nahe, nach dem Vorbild des austro-hungarischen Kaiserreichs eine Auslaufformation zwischen Deutschland und Italien einzurichten. Vivid Giulietto!

Leider wird aber die Norddeutsche Allgemeine Zeitung den Italienern einen Stich durch die Rechnung ziehen. Ein Dementi ist fällig.

Ein Schwabenstreit.

Der Rechtsanwalt Dr. Walter Schwabe in Berlin sucht die Kürmertumkeit weiter Kreise auf sich zu lenken durch eine Bekanntmachung, die er im September 1911 über den Genossen Rechtsanwalt Karl Liebknecht bei der Berliner Anwaltskammer einreichte. Die Bekanntmachung hat folgenden Wortlaut:

"In der Berliner Zeitung am Mittag habe ich am 18. September des Jahres folgendes gelesen:

Aus Jena wird uns telegraphiert: Der Parteidienstag hat seine Arbeit beendet ist. Dr. Liebknecht beantragte heute, wie alljährlich, eine Resolution gegen den Paragraphen und gebaute dabei auch des Automaus auf Stolypin, das er als Zeichen des Widerstandes revolutionärer Kräfte in Russland begrüßt."

Das ist ergeben, in einer Untersuchung darüber einzutreten zu wollen, was über dieses schamvolle Material auf dem Parteidienstag von Herrn Liebknecht gelegt worden ist. Stellt es sich heraus, dass eine Verberichtigung des Amtsmitglieds von seiner Seite ausgesprochen worden ist, so stellt ich den Antrag, gegen Herrn Rechtsanwalt Liebknecht sofort einzuschreiten. Ferner beantrage ich auch ein Einfrieren gegen diesenjenigen Rechtsanwälte der Anwaltskammer, die der Resolution zugestimmt haben. Wer an der Verberichtigung eines Mordes teilnimmt, ist ebenso zu verurteilen, wie derjenige, der den Mord selbst verübt.

Eine schleunige Vollklärung scheint schon deswegen erforderlich, weil kein Anwalt diefeiten Gründen dulden kann, dass, wenn eine solche Zeitungsnachricht unrichtig ist, dieselbe ohne Bekräftigung bleibt. Es wagt ja ein wunderbares Schlaglicht auf die Anwälte, wenn eine Zeitung ohne Widerprüfung bringen kann, dass ein Anwalt den letzten Mehlstrom als Heldenat preist. Ich bitte Ihnen um äußerste Beschränkung."

Die Anwaltskammer ging auf die Denunziation des Herrn Schwabe nicht ein, sie gab die verständige und einzige richtige Antwort in folgender Fassung:

"Ihre Eingabe vom 21. September 1911 gibt uns keinen Anlass einzutreten. Der Vorstand dat sich nicht mit den politischen, religiösen, philosophischen oder künstlerischen Ansichten eines Rechtsanwalts zu beschäftigen."

Damit gab sich nun freilich der Herr Schwabe nicht zufrieden. Er beschwerte sich in der Anwaltskammer beim Justizminister und, als das nicht gelang, beim Geheimen Ministerium. Nachdem er auch dort abgewiesen worden war, wandte er sich an den Oberstaatsanwalt, um ein Verfahren gegen die Anwaltskammer zu bringen. Überall ließ man aber den Herrn Schwabe abblitzen. Nun hat er sich enttäuscht, Berlin den Rücken zu kehren, wo die Anwaltskammer und alle Justizbehörden so wenig Verständnis für die Freiheitlichkeit eines konservativen Rechtsanwalts haben. Er ließ sich mit dem 1. April als Rechtsanwalt in Berlin lokalisieren und will nunmehr Koblenz mit seiner Praxis begleiten. In einer langen, in weinerlichem Tone gehaltenen Erklärung, in der er die Geschichte seiner Geldwerden eingehend erzählt, nimmt er in der Kreuzzeitung Abschied von Berlin. Als Offizier sei es ihm unmöglich, in einem Anwaltskollegium zu sein, wenn der Vorstand der Anwaltskammer nicht nur sozialdemokratische Ideen dulde, sondern selbst eine Unterdrückung über einen Fall ablehne, wo es sich um die angebliche Verberichtigung anarchistischer Ideen handele.

Die Spezialseite.

In dem württembergischen Städten Bergenzheim besteht eine freiwillige Sanitätskolonne. Die kommt eines schönen Tages zu dem Einschluss, ihren ärztlichen Leiter, Dr. Schumacher, abzulösen und sich einen andern, den Dr. Sambech, zu ersuchen. Begründet wird der Wechsel nicht mit dem geringsten Interesse, das Schumacher der Kolonne entgegengebracht habe. Dieser aber glaubt, dass sein Kollege auf Schleichtwegen zu dem vortragenden Posten gelangt sei und schreibt ihm einen laugenden Brief.

Das Schiedsgericht des örtlichen Ehrenrats entschied zugunsten Sambechs und erließ seinem Gegner als höchste Strafe, die es verhängen kann, einen Verweis, das Amtsgericht Bergenzheim verurteilte ihn außerdem wegen Bekleidigung zu 100 Pf. Geldstrafe.

Damit wäre die Sache erledigt gewesen, wenn nicht Schumacher und Dr. Sambech noch eine besondere Ehre befreit hätten, die nämlich, die einem Stabsarzt der Reserve a. D. und einem Oberst der Landwehr ersten Aufgebots, anhaften. Diese Ehre verlangte gebotserisch, dass Sambech von Schumacher standesgemäß Benignierung verlangte, und da der Bekleidigte das unterstellt, sam der militärische Ehrenrat zu dem Antrag auf Entlassung mit schlichtem Abschied. War hatte Sambech Rücksichten auf göttliche und menschliche Gebote geltend gemacht und außerdem darunter verachtet, dass der nette Kollege gar nicht karikaturistisch sei, weil er seine Schulden nicht bezahle, den Offiziersordnung geleistet habe usw. Aber alles das half nichts, der Ehrenrat hielt ihn nicht für würdig, länger der Landwehr ersten Aufgebots anzugehören, und der Kaiser, der das letzte Wort zu sprechen hatte, kam zu derselben Entscheidung, wenn er auch aus besonderer Gnade genehmigte, dass der Sanitätsoffizier, der zu den Grundanschauungen seiner Standesgenossen in Widerspruch getreten sei, unverzüglich seine Bekleidung nachzulegen.

Neu und überrauschend ist an diesem Falle, den die Köln-Volksschule mit allen Einzelheiten erzählt, ja nichts. Wir wissen längst, dass die Standesanschauungen der Offiziere fälscher sind als göttliche Gebote und menschliche Gelehrte, und dass die die Spezialseite ihres Standes in Frage kommen, sie, wenn die Spezialseite ihres Standes in Frage kommt, am leichtesten mit Rühen treten. Wenn aber die Bergarbeiter sich von ihren Standesanschauungen leiten lassen und in ernster Konflikte als solchen um den Posten eines Sanitätskolonelleiters streitenden Kollegen zwar nicht mit der Pistole drohen, aber ihnen ein rauhes Wort sagen, dann sind sie den Staat und die öffentliche Ordnung bedrohende gemeine Verbredner.

Die neuen Wehrvorlagen.

Die ursprünglich geplante Abfahrt, die neuen Wehr- und Defensionsvorlagen am 12. April hinauszugeben, konnte nicht durchgeführt werden, weil am kommenden Montag erst noch

einen ein Bundesstaatsaufschluss zu einer untergeordneten Frage Stellung nehmen muss. Jedoch werden aber die Vorlagen spätestens Dienstag abend in den Händen der Mitglieder des Reichstags sein. Die gesamte Vorlage zerfällt in vier Teile: Heeres-, Marine- und Defensionsvorlage sowie Ergänzungsgesetz zum Etat. Letzteres Gesetz macht sich dadurch nötig, dass der Etat für 1912/13 eher fertiggestellt werden muss. Ein Teil der Ausgaben, die durch die neuen Wehrvorlagen entstehen, muss nun aber in diesen Etat nachträglich mit eingestellt werden; diesem Zweck dient das Ergänzungsgesetz.

Die konservative Vorfrucht.

Zur bevorstehenden Reichstagswahl in Traegers Wahlkreis Barel-Jever, wo der Fortschrittsdr. Wiemer gegen seinen Genossen Hugo Bant steht, schreibt die Kreuzzeitung:

Auf konservative Unterstützung darf die mit der Sozialdemokratie verbündete fortgeschrittliche Volkspartei hinnnehmen. Das muss sie sich nun endlich klar machen. Ob auf der linken Linke 12 Fortschritts und 110 Sozialdemokraten oder 41 Fortschritts und 111 Genossen stimmen, das ist für die politische Lage absolut gleichgültig, und gleichgültig auch für die wahlpolitischen Interessen.

Durch dieses Verhalten der Konservativen werden unsere Aussichten in Barel-Jever natürlich bedeutend günstiger.

Der Urheber des bayrischen Jesuitenerlasses.

Die Augsburger Abendzeitung hat erfahren, dass der bayrische Erbauer, in einer Untersuchung darüber, dass der bayrische Erbauer über die Auslegung des Jesuitengesetzes auf einem formellen Beschluss des Gesamtministeriums beruht, der aber nicht einstimmig gefasst worden ist. Die beiden protestantischen Minister, nämlich der Justizminister und der Kriegsminister, haben dagegen gestimmt. Als Urheber des Erlasses wird der Ministerpräsident Freiherr v. Hartling bezeichnet. — Der ultramontane bayrische Kurier teilt übrigens mit, dass der Erbauer vorher den sämtlichen Bundesregierungsmitgliedern mitgeteilt worden ist und dass Einwendungen nicht erhoben worden sind. Diese Angabe steht allerdings in Widerspruch mit den Angaben der von der Nordde. Allg. Zeitung veröffentlichten amtlichen Note, wonach der Reichstagswahl erstmals bei Zeitungen der bayerischen Regierung, ähnlich wie seinerzeit das Kaiser-Interview, im Reichstagssaal nicht gelesen werden kann?

Steuerehre.

Die Einnahmen des Reiches an Pößen und Steuern sind für die Zeit vom 1. April 1911 bis Ende Februar 1912 teilweise ganz erheblich hinter den Voranschlägen zurückgeblieben. Die Minderauflagen bei den Pößen betragen 41 190 570 M. Zigarettensteuer 3 024 044 M. Salzsteuer 1 707 688 M. Branntweinsteuer 15 838 612 M. Schaumweinsteuer 1 173 818 M. Leichtmittelsteuer 2 321 707 M. Süßwarensteuer 2 086 700 M. Brautsteuer 1 829 878 M. Diese Minderauflagen von 90 360 297 M. steht eine erhebliche Mehrabnahme nur bei der Zudersteuer gegenüber im Höhe zu 8 086 017 M. Tag der Monat März, der letzte Monat des Finanzjahrs 1911/12, das Defizit ausgleichen könnte, erscheint ausgezähler.

Die Korsu-Welle.

Es gehört zum Stil der wilhelminischen Kura, dass die Geschichtsschreiber des Kaiserreichs nach Korsu, man weiß nicht weiß warum, stets als großes patriotisches Ereignis gefeiert werden. Dabei aber genügt es dem offiziellen Polizeiberichterstatter nicht, an die blödesten Zustände des Byzantinismus zu appellieren, er kommt auch sicher nicht nur dem eigenen Trieb gewohnt, in seiner Art "politisch", um das rührend schöne Verhältnis zwischen dem Reichstagswahl und seinem Arbeitsgeber ins rechte Licht zu setzen. So liest man denn in den Korsu-Telegrammen:

Korsu abend traf der Reichstagswahl ein. Ein deutsches Kriegsblatt datiert ihn von Korsu vergeblich, und der Kaiser hat es sich nicht nehmen lassen, ihm dadurch persönlich zu erzeigen, dass er ihn selbst im Automobil zum Reichstag hinausgefahren. Schon am Nachmittag hatte sich der Herrscher persönlich davon überzeugt, dass in den Räumen des Reichstags alles bequem und wohlthal eingeziehen sei.

Höchst stimmungsvoll wird dann weiter berichtet, wie beim Gottesdienst am Ostermontag die Gemeinde sang: "Halleluja! Jauchzet, ihr Chöre." Da mag der gute Theodor wohl mitgezählt haben. Was schert ihn der Reichstag, was schert ihn das deutsche Volk, was ist das alles im Vergleich zu einer Fahrt im sozialen Auto, Seite an Seite mit ihm!

Man kann den Überblick der deutschen Politik nicht blossfischer illustrieren! Ein Kanzler, der mit seinem Latin vollständig zu Ende ist, spreizt sich in der Wärme der sozialen Gnadenonne, prunkt mit seinen guten Beziehungen nach oben und fühlt sich, nachdem man ihm eben erst ein rauches Ende gezeigt, wieder ganz als "leitender Staatsmann". Kann noch jemand an der Genialität eines führenden Politikers zweifeln, der das Glück gehabt hat, zwar nicht mit König, aber doch mit ihm in einem Automobil zu fahren?

Man mag die geistige Größe eines Staatsmannes ermessen, der verlust, durch Mittel solcher Art seine Renommee wieder herzustellen!

Die politische Nachrichten. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung demontiert die Nachricht, dass Berthen wegen der Abstimmung des preußisch-bayerischen Konsolidierungsvertrages nochmals mit Bayern in Unterhandlung treten werde. — Die Augsburger Abendzeitung, die den Jesuitenerlass herausbrachte, hat jetzt erfahren, dass der Erbauer auf einem formellen Beschluss des bayerischen Ministeriums beruht, der aber nicht einstimmig gefasst worden ist. Die Opponenten seien die beiden Protestanten im Ministerium, Freiherr v. Hartung, nämlich der Justizminister und der Kriegsminister, Freiherr v. Roth. — Kardinal Nopp hat gegen den Redakteur des Wahrs Jakob, Genossen Hermann, Geschichtswissenschaftler, erzählt, er, der Kardinal, habe in dem Bericht nichts erwähnt, er, der Kardinal, zahle seinen Hocharbeiten nur 30 Pf. Taglohn, eine Belohnung.

Ausland.

Croatiens-Ungarn.

Und dem ungarnischen Ungarnschluss.

Budapest, 12. April. Die heutige erste Sitzung des ungarischen Nationalversammlung nahm den Osterfeiertag auf, um die Befreiungen, einen verhältnismäßig ruhigen Verlauf. Die Opposition wurde nur wenig den Verlauf der Verhandlung. Die Regierung bestätigte, eine Schwärmerei konzerne aller Parteien eingedrungen, in der darüber beraten werden soll, unter welchen Bedingungen ein normale parlamentarische Tätigkeit wieder aufgenommen werden kann.

Frankreich.

Jaurès gegen die Räuberpolitik in Marokko.

Paris, 12. April. Aus Anlaß des Kampfes von Mabardja wird den Widerstand der Marokkaner noch mehr entfachen. Wenn wir zu Zwangsmahregeln greifen, wird der Groß dieser verhängten Völker noch mehr werden, unsere Kriegspolitik ruft solche Fortunausbrüche hervor, daß man noch nicht gewagt hat, den Marokkanern den Protektoratsvertrag bekanntzugeben. In der ganzen islamischen Welt herrscht Eregung gegen uns, weil es heißt, daß wir durch unsere Marokkopolitik an dem abseitlichen Anfall gegen Tripolis schuld sind. Wie sind noch Anstrengungen unserer Ansiedler genötigt, in Tunis scharfe Maßregeln zu ergreifen. Wenn in Marokko der Kriegsbrand lebt, werden wir die Folgen unserer Räuberpolitik erkennen. Man wird die jährlichen Kosten des Marokkounternehmens mit 300 Millionen Franc bezahlen müssen, und noch viel schlimmer sind die dadurch hervorgerufenen Kriegsgefahr und die moralische Einbuße, die wir erleben, und wenn morgen eine erste internationale Schwäche auftaucht, was wird Frankreich dann mit diesem feindlichen Marokko machen? Wieviel Armeekorps wird man hinzuschicken, um es zu beruhigen?

England.

Militärismus und Streit.

L. K. London, 11. April. Das Unterhaus war am Mittwoch der Schauspiel einer Debatte von ganz besonderem Interesse. Auf der Tagesordnung stand die Heeresvorlage, die sonst nach einem Gespann zwischen ausgesandten Offizieren der beiden "großen" Parteien über völlig richtige Fragen entschieden zu werden droht. Zum erstenmal im englischen Parlament war auch die Armeefrage von der großen sozialen Frage überdeckt und beherrscht. Genosse Keir Hardie stellte die Rolle des Heeres im Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat zur Diskussion. In England nimmt diese Frage eine besondere Form an, weil wie es hier mit einer besonderten Form der Heeresorganisation zu tun haben, nämlich mit dem beruflichen Soldnerecht. Die Engländer dingen sich in die Soldaten, wie man die Polizei dingt, sie zählen ihnen ihren Zahl und die Gefahren, die das "Volk in Waffen" für die Herrschenden in sich bringt, wodurch ohne Zweifel verhindert. Aber auch das englische Soldnerecht besteht aus Arbeitern, und wenn sie auch das Wehrdienstverbot zu ihrem Handwerk gemacht haben, so ist das Zusammensetzung nicht mit den übrigen Arbeitern in ihnen doch nicht erloschen. Was soll werden, wenn ihnen zum Bewußtsein kommt, daß das wichtigste Instrument der Herrschaftsfürsten ist? Wie, wenn sich Arbeitnehmer nicht mehr in genügender Zahl zu diesem Handwerk bewegen? Von solchen Fragen handelt die gesetzige Unterhausdebatte, und es ist verständlich, daß einige hohen Herren nicht sehr erfreut davon waren.

Nachdem mehrere Anträge der Arbeitspartei auf Abänderung gewisser Bestimmungen des Militärstrafrechts erledigt waren, drohte Keir Hardie den von ihm stärker angeklagten Antrag ein, daß jedem Soldaten bei seiner Einberufung die Option gegeben werde, ob er bereit ist, bei Streikzurufen den Dienst zu verzögern oder nicht, und falls er dies frage nicht bejaht, so soll seine Belohnung, bei Streikzurufen einzufordern, nicht als militärisches Vergehen, bei Streikzurufen eingefordert werden. Nach dem Gesetz, so führt Keir Hardie aus, wird die Armee aufrecht erhalten zur Sicherheit des Vereinigten Königreichs und zum Schutz der überseeischen Besitzungen". Es sei sicher, wenn ein junger Arbeitnehmer sich nicht im betrunkenen oder ausgelungenen Zustande für das Heer anwerben läßt und ihm gesagt würde, daß die Unterbrechung von Streikzurufen zu seiner Soldatenpflicht gehören werde, dann würde man sehr wenige zum Eintritt in die Armee bewegen können. Er möchte die Regierung darauf aufmerksam machen, daß er und seine Freunde im Hause der Abteilung dieses Antrags dafür sorgen würden, daß den jungen Leuten die wahre Sachlage bekannt gemacht werde, und sie würden die Zeile darin vorwärts unter solchen Bedingungen in die Armee einzutreten. Welches Vertrauen die Herrschenden selbst zu den sozialistischen Arbeitern haben, das hat sich gerade jetzt beim Bergarbeiterstreik wieder gezeigt, wo den Bergleuten, die Mitglieder der (freiwilligen) Territorialarmee, die Waffen weggenommen oder unbrauchbar gemacht worden sind, während alle Munition aus den Depots der Streitkräfte fortgeschafft worden ist. Dafür sind aber die Rollen dieser jungen Bergleute von den regulären Armen bis an die Höhe bewaffnet in die Streitkräfte übertragen worden. Das wird sowohl den Arbeitern wie den regulären Soldaten zu denselben geben. Der Soldat tritt in die Armeen, weil er glaubt, daß er das Vaterland der Helden zu schützen habe, nicht aber auf seine eigenen Landsleute zu schließen. Die Unterdrückung von Aufruhe in nach dem englischen Gesetz die Pflicht jedes Staatsbürgers ist, also keine besondere Pflicht des Soldaten. Keir Hardie wurde nicht nur von dem Genossen Lansbury, sondern auch von den Radikalen Wedgwood (dem Eigentümer des bekannten Wedgwood-Gesellschaften) und Sir W. Gladstone unterstützt. Wedgwood wies darauf hin, daß die Soldaten eine wachsende Neigung zeigen, bei Zivilunruhen über die Köpfe der Menschen zu schießen, und daher komme es, daß meist in der Ferne befindliche, ganz unbedeutende Personen von den Angeln getroffen werden. Man werde sich darauf gefaßt machen müssen, daß sich mehr und mehr Soldaten weigern werden, auf Streikzurufe zu schließen.

Die Regierung wurde von dem Unterstaatssekretär Oberst Seely vertreten, der den Antrag Keir Hardies "phantastisch" nannte, aber nur den Einwand vorgebringen möchte, daß es absurd wäre, die Armee in zwei Teile zu teilen, wobei der eine militärisch, der andere nur politisch verpflichtet wäre. Nurher, ja unver��ckt. Mit großem Nachdruck erklärte er, daß seit den Tagen des Südstaatenkrieges kein einziger streikender Arbeiter in Großbritannien von Soldaten erschossen worden ist. — Das mag vielleicht wahr sein, aber beim Eisenbahnerstreik sind in Doncaster und Liverpool Friedliche Bürger erschossen worden. Der Antrag wurde natürlich abgelehnt — mit 168 gegen 23 Stimmen.

China.

Wochen in Kaifeng.

Shanghai, 12. April. Gestern Abend kam unter einigen der neu eingestellten Truppen im Innern vom Kaiyung eine Meuterzeit zum Ausbruch. Häuser und Gebäude wurden gebündert und zerstört. Die regulären Truppen blieben treu und unterstützten ordnungsmäßig. Die weiße Flotte wurde den Villenbewohnern wieder abgenommen. Der angerichtete Schaden ist nicht erheblich. Die Ausländer sind unversehrt.

Der italienisch-türkische Krieg.

Die Wissensumming der italienischen Reservisten.

Aus Rom wird uns unter dem 10. April von unserem ld. Korrespondenten geschrieben:

Der Kriegskorrespondent des Avanti macht auf die erste Woche aufmerksam, die die wachsende Unzufriedenheit der auf dem Kriegsschauplatz weilenden Reservisten einschließt. Die Reservisten des Jahresgangs 1888, die jetzt mehr als sechs Monate lang das Lager leben aushalten, haben schon seit längerer Zeit ihre Unzufriedenheit an den Tag gelegt. (Siehe unsere Notiz in der vorigen Nummer.) Das Kommando scheint eingeschoben zu haben, daß es umfang und unbillig wäre, diese Flotte für längere als ein halbes Jahr ihren Familien und ihrem Erwerbsleben zu entziehen, und hat gegen Mitte März das Tief vor öffentlichen Läden, daß die Reservisten zum 1. April verabschiedet werden sollten, das die Reservisten zum 1. April verabschiedet. Der 1. April ist gekommen, aber von einer Rückkehr in die Heimat war nicht die Rede. Am Morgen des 2. April fanden sich im Hafen von Tripolis drei Dampfer, bereit in See zu gehen, und natürlich

wurde sofort das Gericht in Umlauf gesetzt, daß es sich um die Entlassung der Reservisten vom Jahrgang 1888 handele. Umgehend war die Entlassung, als nur zwei Regimenter eingeschlossen wurden und sich herausstellte, daß sie in voller Kriegsrüstung nach einem unbekannten Ziel geschildert wurden. Bei der Entlassung ist es dem Avanti zufolge, zu sehr ernste Verzerrungen der Unzufriedenheit getreten. Die Offiziere selbst hielten es für richtig, ein Auge zugubrissen, weil sie einsahen, daß es ein gefährliches Spiel war, die Soldaten zum Aufruhr zu reizen.

Der Kriegskorrespondent hebt hervor, daß man heute auf die Reservisten vielleicht noch zähne läuft, wenn es sich um ein Gefecht handelt, daß sie aber ihre Unzufriedenheit dem Lagerleben und der Disziplin gegenüber immer unverhältnismäßig an den Tag legen. Jeden Morgen lädt man an den Palmen und auf Sandflächen auf, die die sofortige Entlassung der Reservisten fordern. Wenn man gegen jede Disziplinarfehlung vorgehen sollte, so müßte man das Militärgericht Tag und Nacht in Gang halten. Mit den Reservisten, die jetzt ihre Zeiten bestehen sollen, kann man unverhältnismäßig den Krieg weiter führen. Wird die Regierung sich darüber nicht klar, so können schon Ereignisse der nächsten Wochen es ihr in der schwersten Weise zum Beruhigen bringen. Das Kriegsministerium veröffentlicht, daß die Entlassung der Reservisten ganz allmählich erfolgen werde, damit auf dem Kriegsschauplatz sich keine Lücken fühlbar machen. Die Bekanntmachung des Avanti wird vielleicht die Regierung überzeugen, daß die Entlassung nicht allzu allmählich vor sich geholt darf.

Überlegens sind nicht nur die bereits in Tripolis befindlichen Reservisten umgestiegen, sondern auch die des Jahrgangs 1889, die sich seit November unter den Waffen befinden. Von Macenza sollen die Reservisten dieses Jahrgangs in diesen Tagen auf den Kriegsschauplatz gebracht werden. Mit dieser Bestimmung wollen sie sich um so weniger ablenken, als sie jetzt schon 5 Monate lang einberufen sind, und suchen mit einem längeren Dienst in Lager rechnen zu müssen. Am Abend des 6. April machten daher die Reservisten im Plaza Cavallini in Macenza eine Demonstration, bei der sie ihre Entlassung forderten, modeln nach "nieder Tripoli" gerufen wurde. Durch ein ungeheures Aufgebot von Polizei wurden die Demonstranten gruppierenweise in die Fasane zurückgedrängt. Trotzdem soll dieser Tag die Auseinandersetzung fortsetzen. Hoffentlich kommt man den Bogen nicht zu straff.

Italienische Ruhrredigkeit.

Rom, 12. April. In einem ausführlichen telegraphischen Bericht des Generals Caneda heißt es: Gegen 11 Uhr 20 Min. ist auf Fort Buchamez nahe der Grenze von Tripolis und Tunis die italienische Flagge gehisst worden. Während sich eine demonstrative und imposante Aktion (1) in den Gewässern von Juara, wo sich auch gestern noch unsere Streitkräfte zur See mit Truppen zur Ausbildung an Bord befinden, abspielte, hatte man in der Frühe des 10. April mit Sicherheit und Energie (1) die nautischen und technischen Schwierigkeiten — Schwierigkeiten, denen bisher noch niemand bei ähnlichen Unternehmungen und mit so beträchtlichen Streitkräften gegenüberstanden — überwunden und der rechte Teil unserer Truppen wurde bei der kleinen Halbinsel Macabeg, die, eine sichere Garantie für die Operation bildend, als Basis diente, ausgesetzt. Mittags hatte man das Boot der Truppen ebenfalls gelandet und man ging an die Auslösung des Materials. Die Besetzung war damit gegen etwaige Vorwarnung vollkommen gesichert. Hierdurch wurde auf alle Fälle das erste und wesentlichste Ziel erreicht, die Besiedlung der Kriegsforterande auf dem See mit Sicherheit völlig zu unterbinden. Der Geschäftshaber der Expedition wünschte noch in derselben Nacht den Golf von Macabeg zu durchqueren und über das Festland bis zu dem türkischen Fort Buchamez vorzugehen; aber das bewegte Meer hinderte ihn daran. Am 11. April, 11 Uhr vormittags, gelang es einer Kompanie etruskischer Asturis und Matrosenabteilungen, die kleine Meerenge, die zwischen der kleinen Halbinsel und der Küste liegt, zu überqueren. Sie besetzten das Fort Buchamez, ohne auf Widerstand zu stoßen, und platzten dort die italienische Flagge auf. Während man Verhandlungen zwischen der Halbinsel und der Küste zur Übergabe der Meereszunge einrichtete, wurde der Feind durch die italienische Flotte umgeben.

Wir ein nachfolgendes Telegramm aus den Gewässern von Macabeg besagt, ist die Auslösung von Material gestern abend bei frischem Wind fortgesetzt worden. Eine Gruppe von Feinden griff das Fort Buchamez an, wurde aber durch Artillerie und Schiffsgeschütze unverzüglich zurückgeworfen. Die Nacht verlief darauf ruhig.

Hriebscheinacht der Italiener?

Rom, 12. April. Neben das Vorgehen der Grossmächte in Konstantinopel sind widerstreitende Gerüchte im Umlauf, die einen Schatten auf die Tätigkeit der diplomatischen Vertreter in Konstantinopel werfen. Man bedauert hier, daß die Vertreter der Grossmächte gegen eine gemeinsame Aktion zu unternehmen und diese fortwährend hinauszögern. Dies ist jedoch von weniger großer Bedeutung, da man seit langerer Zeit bereits in den höchsten möglichen Kreisen überzeugt ist, daß das Vorgehen der Grossmächte nicht zum Stillstand kommen wird und daß auf der anderen Seite die Türkei fest entschlossen ist, alle Propriétés Italiens zu verteidigen. Wie Giolitti ausführte, kann Italien nur auf sich selbst rechnen, wenn es den Krieg beenden und der Türkei den Frieden diktieren will. Die öffentliche Meinung Italiens widmet dem Vorgehen der europäischen Diplomatie in Konstantinopel wenig Beachtung, da sie zu deren Tätigkeit kein Vertrauen hat. Man glaubt, daß nur durch eine energische Aktion Italiens die Türkei gezwungen werden kann, den Bevölkerungen ein Ende zu setzen.

Neues aus aller Welt.

Winter im Frühling.

Gotha, 12. April. Aus ganz Thüringen und dem Thüringer Wald werden seit gestern anhaltende Schneefälle gemeldet. Auf dem Inselberg beträgt die Schneehöhe 20 Centimeter. Es herrscht geringer Frost.

Görlitzberg, 12. April. Im ganzen Riesengebiete stehen seit 24 Stunden heftige Schneefälle. Weit über ein halber Meter Menschene ist gefallen, die Temperatur auf 10 Grad Celsius unter Null gefallen. Die Schleitbahnen reichen bis in die Täler hinab.

Kiel, 12. April. In der westlichen Ostsee herrscht orkanartiges Wetter und Schneekatum und Nordost. Mehrere Fischerboote sind gefunden worden, wobei der 19jährige Fischerjohann Lautz vor den Augen seines Vaters ertrank. Vor der Stadt Kiel sind verschiedene Segler in Seenot. Einige Bergedampfer sind zur Hilfeleistung ausgetragen.

Karlsruhe, 12. April. Das Schneegesäß, welches seit 48 Stunden im höheren Schwarzwald herrscht, hält weiter an. Der Neu-Schnee liegt durchschnittlich 25 Centimeter hoch und bedeckt die Berge bis zu 700 Meter herab. Im Gebiet des Heidbergs Herzogshorn und Beldens war die Temperatur auf 8 Grad unter Null gesunken.

Reichenberg in Böhmen, 12. April. Im ganz Nordböhmien sind heftige Schneefälle niedergegangen. Die Schneelage ist schon sehr bedenklich. Im Gebirge und stellenweise Schneeverwehungen eingetreten.

Folgen des Jagowischen Schießlasses.

Berlin, 12. April. Als ein Schuhmann in der Lindauer Straße einen neunzehnjährigen Menschen, der kleinste Kinder in unzähliger Weise delbstigte, festnahm wollte, rückte dieser los und flüchtete sich mit dem Weller auf den Schuhmann. Dieser schoß und verletzte seinen Angreifer schwer am Unterleib.

Feuerkatastrophe in Tirol.

Innsbruck, 12. April. Im Dorfe Gries bei Canazei wurden durch einen Brand 18 Häuser zerstört. Einundzwanzig Familien sind obdachlos. Von dem etwa 200 000 Kronen betragenden Schaden ist nur ein Viertel durch Versicherung gedeckt.

Zurückbares Familiendrama.

Brüssel, 12. April. In Bélgica spielt sich gestern ein blutiges Familiendrama ab. Der älteste Sohn der Landwirtschaftsfamilie Baudouin geriet mit seinen Brüdern in Streit. Im Verlaufe des Wortwechsels nahm er eine Heugabel und durchbohrte damit einen seiner Brüder, der auf Boden fiel und sofort tot war. Darauf nach er blödlings mit dem Instrument weiter um sich und verletzte einen anderen Bruder, zwei Schwester und einen Kind sehr schwer. Eine der Schwestern ist an den zitierten Verletzungen ebenfalls gestorben. Die betroffene Mutter des Unholds mußte dem Verbrechen zuschauen, ohne in der Lage zu sein, irgendwie eingreifen zu können.

Das Dampferunglück am Nil.

Die Zahl der bei dem Dampferunglück auf dem Nil Ertrunkenen ist endgültig festgestellt; es sind demnach fünf Frauen und drei Männer ums Leben gekommen; eine Frau wird noch vermisst.

Folgeschwerer Einsatz.

Silvas, 12. April. Bei einem Einsatz in dem Bergwerk Goldbach wurden drei Frauen getötet und drei Arbeiter schwer verletzt.

Die Schiffskatastrophe im Hafen von Teneriffa.

Teneriffa, 12. April. Bei dem Unglück, von dem der österreichische Postbeamte Sophie Hoemberg betroffen worden ist, wurden 26 Passagiere verletzt, die sämtlich in das Hospital geschafft werden müssen. Fast sämtliche Reisenden sind spanischer und österreichischer Nationalität. Der Unfall ereignete sich, als der Dampfer auf der Höhe von Teneriffa vor Anker lag. Nur dem Umstände, daß Hilfe schleunigst zur Hand war, war es zu verdanken, daß von der Katastrophe nicht mehr Passagiere getötet wurden. Zahlreiche der erschöpften Reisenden wollten sich ins Meer stürzen; sie wurden jedoch durch die Mannschaft des Dampfers davon abgehalten. Sämtliche Passagiere wurden ans Land gebracht, wo ihnen von den Behörden und der Vendite ein warmer Empfang bereitet wurde.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte

für den 14. April:

Westwind; heiter; nachts kalt; tagsüber warm; trocken.

Letzte Telegramme.

Eigene Briefmarken für Irland.

London, 13. April. Der Generalpostmeister bestätigte einem Vertreter der Presse, daß Irland aller Wahrscheinlichkeit nach dem Beispiel der britischen Kolonien folgend, eigene Briefmarken erhalten werde.

Die Vermittlungsbaktion der Flüchtlinge.

Paris, 13. April. Der östliche Korrespondent des Echo de Paris will aus guter Quelle erfahren haben, daß der Vermittlungsschritt der Flüchtlinge in Konstantinopel wahrscheinlich zu Beginn der nächsten Woche erfolgen werde.

Herr aus der Partei aufgezettet.

Rom, 13. April. Hugo Hart, bekannt durch seine Abstimmung gelegentlich der Beratung des Annexionsgesetzes in der Kammer, hat seinen Rücktritt aus der sozialdemokratischen Partei erfüllt.

Aus China.

London, 13. April. Die Times meldet aus Nanking von gestern: Die chinesischen Untertanen hatten denselben Charakter wie ähnliche Untertanen im Jangtseki. Man fürchtet, daß in jedem Augenblick Meuterer in weit größerem Umfang ausbrechen können, wenn eine weitere Verbesserung in der Beschaffung beträchtlicher Geldmittel eintrete.

Peking, 13. April. Unter den Truppen des Norden Chinas medieren sich die Anzeichen von Unzufriedenheit mit der Republik. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß der Norden die Monarchie wieder herstellen würde, wenn sich ein Führer finde.

Rettung aus Seenot.

Bremen, 13. April. Die Rettungsschiffssocietät durch den Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger meldet: Der Seeleichter Unterkorvetten X unter dem Schiffer Agnes, der mit Steinholz von Emden nach Holtenau bestimmt war, ist heute von dem Schiffsbrand gefangen und gesunken. Drei Personen wurden durch das Rettungsboot des 2. Oldenburger Schiffsrettungsschiffes gerettet.

Die Pariser Chauffeure gegen die Sabotage.

Paris, 13. April. Gestern stand ein Chauffeur in seiner Kraftwagen eine polnische dem Fensterrahmen eingelassene Miniaturbombe, die sich in einer mit Draht umwickelten und mit einer Zündvorrichtung versehenen metallenen Blasenform befand. Die Bombe wurde dem Gemüdelaboratorium zur Untersuchung übergeben. Der Stellmeister und der Vorstand des Syndikats der Chauffeure erheben im Blätter gegen den Verdacht Einspruch, daß das gefährliche Bombenatentat gegen eine Kraftwagen von einem ausländigen Chauffeur verübt worden sei. Der Anschlag könnte nur das Werk eines Verbrechers oder eines Wahnhalogens sein.

Uebersatt und Nord an einer serbischen Studentin.

Paris, 13. April. Eine junge serbische Studentin namens Wilma Popovic aus Nancy, die zum Besuch hier wollte, wurde heute nach auf dem Helmweg im Votivischen Viertel von einem jungen Radfahrer überfallen und durch einen Radwiderstand geschüttet. Schule verfolgte den Mörder, der noch weitere Schüsse abfeuerte, ohne jedoch jemand zu treffen. Die Polizisten erwiderten die Schüsse. Der Verdachter flüchtigte tödlich verletzt vom Rad. Man glaubt, daß es sich um einen russischen Studenten handelt.

<

An die Arbeiterschaft!

Unsere öffentliche Feststellung, daß die Organisation der Kino-Angestellten als der Bruch-Beruf bezeichnet worden ist, ist den Herren vom Verein der Theaterbesitzer höchst unangenehm.

Mit allen erdenklichen Mitteln suchen die Herren den Kino-Angestellten den Erfolg streitig zu machen.

So wurde heute unserem Vertreter, dem Herrn Max Richter, ein offener Brief zugestellt, in dem die Herren Besitzer in der unerhörtesten Weise wieder die Tätsachen auf den Kopf stellen und unseren Vertreter auf das größtmögliche beschimpfen.

Wir wissen ja, warum dies geschieht, werden uns aber nicht abhalten lassen, weiter auf der Erfüllung unserer Forderungen zu bestehen. Dass nur die in der Gelben Loge nun glücklich Untergekommenen aufrechte Männer (nach Meinung der Besitzer) sind und wir von diesen Gesellen rote Halunken, Lumpen usw. tituliert werden, macht uns nichts, wir sind uns viel zu gut, um mit Leuten dieses Schlages große Sache zu machen. Warum gehen die Herren nicht auf unsere Feststellungen ein und klammern sich immer daran, daß unser Vertreter, Herr Richter, nicht Kino-Angestellter ist?

Wir kennen den Grund.

Uns allein hätten die Herren in ihrer belauerten Weise ausgelacht, in unseren Vertreter haben die Besitzer aber einmal einen Herren gefunden, der sich auch vor den Kino-Besitzer nicht scheut, den Herren ins Gesicht zu sagen, welche Zustände bestehen.

In dem offenen Brief wird von der Volkszeitung als unserem Leibblatt geschrieben; wir nehmen den Herren das nicht übel, sie kennzeichnen sich ja dadurch selbst. Auf der einen Seite wird die Arbeiterschaft verhöhnt, auf der anderen machen die Leute die kampfhaftesten Anstrengungen, die Arbeiter als Kündigung zu erhalten.

Das ganze Bestreben der Herren geht ja doch nur darauf hinaus, ihren Geschäftsbetrieb so einzurichten, daß sie in wenigen Jahren ihr Schädelchen ins Trockne gebracht haben.

Ob bei diesem Gebaren die Angestellten zu Grunde gerichtet werden, kümmert ja die Herren nicht.

Wir können den Herren aber versichern, daß wir nicht weichen, daß auch durch die größten Anrempelungen uns unser Vorsitzender nicht verläßt und wir hinter denselben stehen werden.

Indem wir noch weiter um die Unterstützung der Arbeiterschaft bitten, zeichnen

Nr. 8

Am W einer vierzehn auch die S wieder aufnu tempo inner liegt das S gegenwärtig es zu Pflicht obwohl abe absicht bestreitete Gesetzesvor

Wie do Stande sahen w sein. Es sind nicht in der fassenden U nicht ohne Bisher worden, da blieben die wütigen seitliche ersten Regierung und der mi es gar nicht bessering werden, als schon geschah.

Die de von der P Unter jährlich rebe gesellen am Unterri kann die plomärs Deinen, und schstellen un rückt für S durch die U eine System haben, ist es die erhöht werden, die nicht zu im Unterricht soll der We Der g in einjahr, ganz in Btrag folgen. Verfe ist über der Bei Soltsch ob sie i dom bei mit h will. Die meine Volungen genügt Jahre an zu weiteren W werden, Eltern erhaben w teilungen r 9. und 10. 40 Kinder. Die v stehelt in anderem mietl. l gefügt: J die Ver schaffen Schulgeme haben woll bilden folg in der D Demit wi Umfällen tzungsentw denden scha jedoch im eingefügt. Ieffson Heilig soll nach H

wie der P. Unter jährlich rebe gesellen am Unterri kann die plomärs Deinen, und schstellen un rückt für S durch die U eine System haben, ist es die erhöht werden, die nicht zu im Unterricht soll der We Der g in einjahr, ganz in Btrag folgen. Verfe ist über der Bei Soltsch ob sie i dom bei mit h will. Die meine Volungen genügt Jahre an zu weiteren W werden, Eltern erhaben w teilungen r 9. und 10. 40 Kinder. Die v stehelt in anderem mietl. l gefügt: J die Ver schaffen Schulgeme haben woll bilden folg in der D Demit wi Umfällen tzungsentw denden scha jedoch im eingefügt. Ieffson Heilig soll nach H

Verband der Theater- und Kino-Angestellten. Die Verwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein Dresden.

Dienstag den 16. April, abends 8½ Uhr, im Kristallpalast, Schäferstraße:

Hochinteressanter Lichtbildervorfrag:

Die Entstehung der Steinkohle

und ihre Gewinnung im Bergwerk

von Otto Roth, Berlin.

Mit 115 farbigen Lichtbildern nach Naturaufnahmen.
I. Teil:

Die Entstehung der Steinkohle. — Beweise für die pflanzliche Herkunft der Kohle. — Die Entstehung der Moore. — Die Blüten der Steinkohlen- und Braunkohlenzeit.

Sur Mitglieder mit ihren Angehörigen haben Zutritt. Eintritt frei. Mitgliedsbuch legitimiert. Während des Vortrages werden die Saaltüren geschlossen.

Einer regen Beteiligung steht entgegen.

II. Teil:
Die Gewinnung der Kohle. — Das Leben und Treiben im Kohlenbergwerk. — Liebung der Reitungsmaennchen. — Das Radbohrer Grubenunglück. — Die Arbeiter-Kolonien. — In den Kohlenfeldern von Radevori.

Sonntag den 14. April: Vereinsnachmittagstour nach Meißen. Abfahrt nach 1½ Uhr vom Volkshaus. Treffs. in Meißen, Stadt Magdeburg, Bahnhofstraße. Rückfahrt von Meißen abends 7 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Mügeln u. Umg.

Umzugshälfte bleibt unter Bureau Montags den 15. und Dienstag den 16. April geschlossen. — Ab Mittwoch den 17. April befindet sich unter Bureau in

Mügeln, Restaurant Reichstrone, Tel. Nr. 10

Das Bureau ist für den Verkehr geöffnet: vormittags von 8—9 Uhr, mittags von 12—1 Uhr und abends von 5—7 Uhr. Sonntags geschlossen. Außerhalb dieser Zeit können nur dringende Verhandlungsangelegenheiten geregelt werden.

Die Ortsverwaltung.

Arbeiter- Radfahrer-
Verein Dresdner

Ausfahrten:

Sonntag den 14. April: Vereinsnachmittagstour nach Meißen. Abfahrt nach 1½ Uhr vom Volkshaus. Treffs. in Meißen, Stadt Magdeburg, Bahnhofstraße. Rückfahrt von Meißen abends 7 Uhr.

Sonntag den 21. April: Vormittagstour nach Grünhain. Abfahrt 2½ Uhr von den Gruppenlosaten. Treffpunkt Grünhainhöhe.

Sonntag den 5. Mai: Vereinsnachmittagstour nach Niederberg. Abfahrt früh 8 Uhr vom Volkshaus.

Gäste willkommen.

Naturheilverein Radeberg.

Montag:

Damen-Tamb.-Gäde-Abend.

Kranken- u. Begräbniskasse d. Schlosser

zu Dresden, E. H.

Sonnabend den 20. April, abends 8 Uhr

Generalversammlung

im Saale der Reichsschule, Palmsstraße 18.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorsitzenden sowie Vorlegung der Jahresrednung des Richtigsprüfung bertheilen.

2. a) Wahl des Kassenrates; b) Ergänzungswahl des Kassenrates; c) Wahl von Ehrgämmännchen; d) Wahl der Rechnungsprüfer; e) Wahl der Kassenkontrolleure; f) Wahl der Geschworenenformirung.

3. Gegegangene Enträge. — 4. Allgemeines.

Eintritt gegen Vorzüglich der Beitragquittung.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten. Der Vorstand.

A.-B.-V. Wanderlust, Hintergersdorf u. L.

Sonntag den 14. April im Gasthof zu Hartha

Gr. Frühjahrs-Vergnügen

bestehend in Konzert und Reisentafel, vor 12 Uhr nachdem **seiner Ball**.

Anfang 5 Uhr.

D. V.

Forstmanns

Gäte Trachtenberge

Grimmaer Str. Eckz. Döbelner Str.

hält sich zur Einfehr empfohlen

Wache, Breitene und Bränsle

auf die Hunger- u. Beratstafelstelle

Zur Sechserknopf", Poppels 18,

ausserdem Guter Minog

Jeden Abend Proletärerklasse

Gymnas.

Nic. Niemann.

Vogts Restaurant, Rosenthal, B.

Jeden Sonntag: Unternehmens-

Platz. Einlaß in Dresden.

Achtung:

Espaziergang am 1. Mai

wunderbares Polpouir im Gelang-

Orchester usw. in höchst. Vollendung

zu allen Neuerungen in prima

Schallplatten. 25. u. 30 cm. zu

allerbilligsten Preisen. Auch Sonn-

tag zu hören: Pieschen

Wolfsstraße 8, I.

Achtung! Dresden - Altstadt!

Werten Vereinen und Gewerkschaften hierdurch zur gefälligen Kenntnis,
daß ich am 1. Oktober 1912 das

Konzert- u. Ball-Etablissement Kristallpalast

45 Schäferstraße 45

pachtweise Übernahme. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, allen mich Beschreibenden mit nur guten Speisen und Getränken aufzuwarten und nur vom Besten das Beste zu liefern. Empfehle gleichzeitig großen und kleinen Saal zur Ablösung von Versammlungen, Vergnügungen usw. zur gefälligen unentgeltlichen Beoutzung. Bestellungen für etwaige nach dem 1. Oktober stattfindende Veranstaltungen werden schon jetzt vom Unterzeichneten unter seiner jetzigen Adresse gern entgegengenommen. Mit der Bitte, mich in meinem neuen Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, zeichne

Hochachtungsvoll Artur Bär, z. Z. Etablissement Kristallpalast

Dresden - Kaditz. Telefon 2891.

Gasthof Hänichen.

Morgen Sonntag

Oeffentl. Ballmusik.

Drei-Kaiser-Hof, Löbtau.

Morgen Sonntag und Montag

Sehneidige Ball-Musik.

Weltemühle

Rennb. Dresden.

Morgen Sonntag: Feiner Ball mit neuzeitl. Militärkapelle.

Gasthaus Leubniz-Meustra.

Morgen Sonntag: Feine Ball - Musik.

Wiener Kapelle. Tanzmarzen. Wiener Tanz.

Besonders für den schwedischen Volk.

Ball zum Volk.

Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 85.

Dresden, Sonnabend den 13. April 1912.

23. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Vom Stande der Volksschule.

Am Montag den 15. April tritt der Landtag nach einer vierzehntägigen Pause wieder zusammen. Wieder wird auch die Schuldeputation ihre unterbrochenen Arbeiten wieder aufnehmen, um zu versuchen, die Beratungen im Ellentempo innerhalb weniger Wochen zu Ende zu führen. Noch liegt das Schlesel der Volksschulreform völlig im Dunkeln und gegenwärtig erscheint eine Verabschiedung der Vorlage in dieser bis zu Pfingsten währenden Tagung so gut wie unmöglich, obwohl zuletzt versucht wird, daß bei der Regierung die Frist bestehen, alles aufzubleiben, um die Fertigstellung des Gesetzeswurfs zu erreichen.

Wie dem aber auch sein möge, eine Übersicht vom Stande der jetzigen Beratungen und den geplanten Beschlüssen wird von allgemeinem Interesse sein. Es sind allerdings über die wichtigsten Sitzungen Berichte in der Presse veröffentlicht worden, aber einen zusammenfassenden Überblick ermöglichen diese Sitzungsschilderungen nicht ohne weiteres.

Vorher sind von den 70 Paragraphen erst 21 durchberaten worden, darunter sind aber die wichtigsten. Die noch verbleibenden 39 Paragraphen werden in letzterer Zeit zu berücksichtigen sein. Doch sind alle bisher gesetzten Beschlüsse erst nach erster Lesung. Bei der widerstreitenden Haltung der Regierung zu einigen vorläufig beschlossenen Änderungen und der minimalen Standhaftigkeit der Nationalliberalen ist es gar nicht ausgeschlossen, daß die bisher beschlossenen Verbesserungen in der zweiten Lesung noch mehr verwässert werden, als es durch nachträgliche „Ergänzungen“ ohnehin schon geschehen ist.

Die beschlossenen Abänderungen zu den §§ 1 und 2, die von der „Aufgabe der Volksschule“ und von den „Unterrichtsgegenständen“ handeln, sind hauptsächlich redaktioneller Art, bedeuten aber doch auch Konjessionen an die Forderungen der modernen Pädagogik. Als Unterrichtsgegenstände sind neu eingefügt worden Kunstabhandlungen und Arbeitskunde, ferner planmäßiges Leben im Anschauen, Vorstellen, Denken, Rechnen und Messen sowie im mündlichen und schriftlichen Gedankenausdruck, Darstellen und Singen. Den Handfertigkeitsunterricht für Knaben enthielt zwar schon die Regierungsvorlage, durch die Abänderungen der Deputation, die übrigens auch eine systematische Gliederung der Bestimmungen gebracht haben, ist er mehr in den Vordergrund gerückt worden. Durch die erwähnten Änderungen soll unter anderem auch erreicht werden, die Schablone des alten Zens- und Einsprachunterrichts zu lockern und statt des Einrichtens ein Erleben im Unterricht durch die Schüler durch Anschauung, Selbstdarstellung und Übung zu erreichen. Dem Arbeitsunterricht soll der Weg geschnitten werden.

Der § 3, der die Vereilung der Volksschule in einfache, mittlere und höhere Stufen wollte, ist vorläufig ganz in Wege gekommen. Stattdessen ist ein Antrag folgenden Wortlauts zum Beschluss erhoben worden: „Der freien Entschließung der Schulgemeinde ist überlassen, ob sie nur eine nach Maßgabe der Bestimmungen im § 18 einzurichtende Volksschule (allgemeine Volksschule) oder ob sie in Verbindung mit dieser frehestens vom dritten Schuljahr an eine Unterteilung mit höheren Bildungszielen unterhalten will.“ Damit würde für die ersten zwei Schuljahre die allgemeine Volksschule erreicht sein. Das wäre ein kleiner, aber ungünstiger Schritt nach vorwärts. In die vom § 3. Schuljahr an zulässigen höheren Abteilungen sollen einem weiteren Beschlusse folgende Kinder aufgenommen werden, die dazu befähigt sind und deren Eltern es wünschen. Ein höheres Schulgeld soll nicht erhoben werden dürfen. Sonst ist hinsichtlich der höheren Abteilungen noch beschlossen worden, daß der Bezug auf das 9. und 10. Schuljahr ausgedehnt werden kann und höchstens 40 Kinder in einer Klasse unterrichtet werden dürfen.

Die von sozialdemokratischer Seite geforderte Lernmittelstabilität ist nicht erreicht worden, doch wurde dem § 6, der unter anderem auch die Eltern zur Beschaffung der Fernmitteilung verpflichtet, ein Passus folgenden Wortlauts angefügt: „Für Kinder unbemittelte Eltern sind die Vermittelung aus der Schulfasse zu beschaffen. Nach dem § 8 der Regierungsvorlage soll es den Schulgemeinden überlassen bleiben, ob sie Schulgeld erheben wollen oder nicht. Die Deputation aber beschloß stattdessen folgende Bestimmung einzufügen: Schulgeld wird in der öffentlichen Volksschule nicht erhoben.“ Damit wäre die Schulgeldfreiheit beschlossen.

Die Konfessionschule ist nach verschiedenen Umständen der Nationalliberalen schließlich nach dem Regierungsentwurf beschlossen worden. Für die Hilfsschulen, in denen schwachsinnige Kinder unterrichtet werden sollen, ist jedoch im Gegensatz zur Regierungsvorlage folgender Passus eingefügt worden: „Die Hilfsschule ist nicht konfessionsuntrennbar.“ Die Bestimmung über den Religionsunterricht der Dissidenten ist nach den Deputationsbeschüssen also lautet:

Auch Dissidenten haben für die religiös-stiftliche Unterweisung ihrer Kinder zu sorgen. Die Entscheidung darüber, ob der diesen Kindern vorgeordnete Unterricht genügt, steht den obersten Schulbehörden zu. Ist zu solchem Unterricht keine Gelegenheit vorhanden, so haben die Kinder am Religionsunterricht der Schule teilnehmen dürfen.

Die Ausgestaltung der einfachen Volksschule ist im wesentlichen der Regierungsvorlage gemäß beschlossen worden. Es soll danach die Höchstzahl in einer Stalle 50 betragen, während auf einen Lehrer 80 Schüler entfallen müssen. Für die Zahl der Unterrichtsstunden hat die Deputation folgende Bestimmungen neu eingefügt:

Wo die Verhältnisse es gestatten, sollen die Kinder wöchentlich im dritten Schuljahr wenigstens 20 Unterrichtsstunden, im vierten Schuljahr wenigstens 22, vom fünften Schuljahr an die Knaben wenigstens 26 (ausschließlich Turnunterricht), die Mädchen wenigstens 24 (ausschließlich Handarbeits- und Turnunterricht sowie Haushaltung und Kochunterricht) erhalten.

Damit sind die wichtigsten Abänderungen der Regierungsvorlage erwähnt. Weitergehende Anträge von sozialdemokratischer Seite wurden abgelehnt. Anfangs stellte auch der nationalliberale Reichsratsvizepräsident Anträge volksschulfreundlicher Art; die Nationalliberalen haben sich jedoch im Laufe der Verhandlungen wesentlich rückwärts konzentriert. Dennoch ist es fraglich, ob die Regierung einige Beschlüsse, wie denen über die allgemeine Volksschule und die Schulgeldfreiheit, zusammen wird. Die weitere Entwicklung der Volksschulfrage liegt also noch sehr im Unge wissen.

Die Nichtbestätigung

des neu gewählten Oberbürgermeisters von Zittau. Dr. Roth, führte gestern Freitag abend den Rat und die Stadtverordneten zu einer gemeinschaftlichen Sitzung zusammen. Die Sitzung war zunächst nichtöffentliche und von 1, fünfzig Dauer. In der dann folgenden öffentlichen Sitzung, die vom Bürgermeister Wiegert geleitet wurde, erfolgte zunächst eine Erklärung über den bekannten Grund, der zur Einberufung der Sitzung geführt hatte. Zur Begründung seiner ablehnenden Haltung hatte der Kreishauptmann dem Stadtrat einen ausführlichen Schriftsatz zugehen lassen. In dessen Einleitung wird festgestellt, daß der Kreishauptmann den Kreisausschuß gemäß § 92 der Revidierten Städte-Ordnung guadatisch gehört habe und dieser auf Grund des ihm vorgetragenen Altersmaterials sich gegen eine Bestätigung, und zwar mit Rücksicht auf das leidliche amtliche und außeramtliche Verhalten Dr. Roths mancherlei Bedenken äußerte. In dem Schriftsatz, der in mancher Beziehung interessant ist, heißt es dann wörtlich:

Roth am 6. Juni 1910 ergangenen rechtskräftigen Urteil des Schöffengerichts Burgstädt in Sachen des Dr. Roth gegen den Privatmann G. Winkler zu Burgstädt wegen öffentlicher Bekleidung steht fest, daß Dr. Roth dem Pokardspiel ergeben ist und daß er nach seinem eigenen Bekunden am Pokardspiel wiederholt auch in öffentlichen Gewerbevereinigung Burgstädt sich beteiligt hat, wiewohl der Inhaber öffentlicher Versammlungsorte die Glücksspiele dafür gestattet oder zur Verhinderung solcher Spiele mindestens durch den deutschen Gesetzgebund unter Strafe gestellt sind. Da Dr. Roth bier nach so strobaler Tübung von Pokardspielen, deren Verhinderung ihm amtlich obliegen hätte, mit Unabsicht gegeben, so hat er selbst, wie weiter gerichtlich festgestellt worden, strobaler Saalbesuch dadurch sich schuldig gemacht, daß er in Rücksicht vom Sonnabend zum Sonntag in den Sonntag hinein am Kartenspiel in öffentlichen Wirtschaften sich beteiligt, mit dem gegen Schimpfungen des Freiges über die Sonne, Heute und Morgen gelebt gesehen hat, deren Staub ihm durch seine amtliche Stellung als offizielle Polizeibrigade in ehrlicher Weise zur Aufgabe gereicht.

So tritt hinzug, daß Dr. Roth von solchem, daß Anschein seiner bedürftigen Stellung gefährdenden, besonders vor den ihm unterstellten Polizeivorlagen bloßstellenden Gedanken auch nicht Abstand genommen. Ich vielmehr erneut am Pokardspiel beteiligt hat, nachdem er von seiner vorgelegten Dienstbehörde wegen des ihm zugeschuldeten Pokardspiels für die Zukunft schriftlich verwarnt worden war.

Die Bedenken gibt auch Unabsicht, daß das Gericht die gegen Dr. Roth erhobene Verhöldigung, sofern falsch gespielt zu haben, nicht unbedingt zurückgewiesen hat; vielmehr hat das erkennende Gericht hinsichtlich besonderer der zur Untersuchung gezeugten Fälle die Möglichkeit, daß er dabei absichtlich falsch gespielt habe, für erheblich näher als in einem anderen erörterten Falle liegend“ bezeichnet und nur den Beweis dafür „nicht für voll gesieht erachtet“, daß er absichtlich falsch gespielt habe.

Gleichzeitig ist weiter als erwähnt angenommen worden, daß Dr. Roth nach unbefugternahme einer ehemaligen Verhöldigung eine amtielle Auskunft zu Ungunsten einer Person, mit der er „in erbitterter Feindschaft lebt“, „unwohl“ erachtet und, wenn schon nicht bei festgestellt werden können, daß er sich „der Unwahrheit dieser Auskunft bewußt war“, ihn doch der Vorwurf trifft, diez Unwahrheit nur „insofern grober Fehrlässigkeit“ nicht gekannt zu haben.

Um die durch den Tod des Bürgermeisters Rüder erledigte Bürgermeisterstelle in Nohra ein haben sich 57 Bewerber gemeldet. Genau mit derselben Zahl meldungen ist die Stadt Hattendorf eingegangen, die ebenfalls einen Bürgermeister anstellen will. Unter den 57 Bewerbern in Hattendorf befinden sich 28 Ratsassessoren, 8 Gerichtsassessoren, 4 Bürgermeister, 3 Stadträte, 3 Stadtrammänner, 2 Referendare, 2 Polizeiassessoren, 2 Rechtsanwälte, 2 Jur. Hilfsarbeiter, je 1 Anwalt, Finanzassessor und Verwaltungsanwältin. Es sind zunächst 14 Bewerber in engere Wahl gestellt worden.

Schließlich wird der Stadtrat von Zittau aufgefordert, wegen Bannahme einer anderweitigen Wahl eines Erkunderte in die Wege zu leiten. Die sächsischen Kollegen haben sich durch dieses Schriftstück jedoch nicht beeinhalten lassen. Sie fachten in öffentlicher Sitzung den einstimmigen Beschluss, die Entscheidung der Regierung anzuerufen.

Dr. Roth hatte eine längere Privatdebatte, die jedenfalls seine Redekunstfertigkeit enthielt, an den Stadtverordnetenvorsteher Michel gelandet, die leider nicht zur Verleistung kam, aber dennoch gut erörtert kommen wird.

Zu den Behauptungen des Kreishauptmanns ist Dr. Roth noch manches zu sagen haben. Aber es ist ohnehin schon bekannt, daß die angeblichen Verfehlungen des Burgstädtischen Bürgermeisters von mehreren Jahren den Vorwand zu der Hebe gegeben haben, die konserватiven und nationalliberalen Parteiengräben gegen ihn inzitierten. Dabei ist vor allem gewaltig übertrieben worden. In dem deshalb von Dr. Roth gegen diese Treiber und Deger angestrengten Bekleidungsbetrug ist der Hauptbeteiligte ja auch zu 1500 M. Geldstrafe verurteilt worden. Schon daraus geht hervor, daß den Verhöldigungen, die die Kreishauptmannschaft jetzt wieder vorbringt, keine Bedeutung beizumessen ist. Leider war alles das, was der Kreishauptmann v. Grausbaier in seiner Begründung berichtet, dem Ministerium längst bekannt. Es hat sogar 1910 auf eine Denunziation eines Burgstädtischen Fabrikanten hin nach Prüfung des Altersmaterials entschieden, daß kein Antrag zu einem Disziplinarverfahren gegen den Burgstädtischen Bürgermeister Dr. Roth vorliege. Wie können aber Vorgänge, die 1910 zu keinerlei Vorgehen gegen den Bürgermeister in Burgstädt Anlaß geben, zwei Jahre später die Nichtbestätigung einer Bürgermeisterwahl in Zittau begründen? Das kann kein verhältnistiger Mensch einsehen. Es bleibt also auch jetzt nur die eine Erklärung übrig: der wirkliche Grund der Nichtbestätigung ist die politische, der Kreishauptmannschaft nicht genehmigte Haltung Dr. Roths.

Der Kreishauptmann v. Grausbaier in Bautzen hat der Zittauer Morgenzeitung eine Verichtigung zugedacht, worin er bestreitet, die Vorstellung als Grund der Bedenken angegeben zu haben. Dr. Roth hält aber, wie die Zittauer Morgenzeitung mitteilt, alle seine gegenteiligen Angaben aufrecht.

Die Kämpfe der Bergarbeiter.

In Zwönitz fand am Freitag eine von etwa 8000 bis 7000 Personen beteiligte Bergarbeiterversammlung statt, in der der Reichstagsabgeordnete Sachse sprach. Er teilte mit, daß die gestrige Arbeiterversammlung beendet habe, eine Anträge an das Ministerium zu richten, ob es bereit sei, eine Arbeiterversammlung zu empfangen, die um Vermittlung zwischen den Bergarbeitern und den Grubenbesitzern erzielt soll. Dieser Schritt sei unternommen worden, weil die Regierung seinerzeit im Landtag erklärt habe, daß sie zur Vermittlung bereit sei. Die Versammlung stimmt dem Bedenkt bei, so lange einmütig im Streik auszuhalten, bis ein anderer Beschluss gefaßt werde. Der Abgeordnete Sachse erklärt noch, es könne, wenn der Streik noch länger andauere und die Grubenbesitzer sich weigerten, Zugeständnisse zu machen, möglich sein, daß für die jugendlichen Bergarbeiter die Parole ausgegeben werde, in Massen abzuwandern und sich anderswo Arbeit zu suchen.

Bielbegehrter Posten.

Um die durch den Tod des Bürgermeisters Rüder erledigte Bürgermeisterstelle in Nohra ein haben sich 57 Bewerber gemeldet. Genau mit derselben Zahl meldungen ist die Stadt Hattendorf eingegangen, die ebenfalls einen Bürgermeister anstellen will. Unter den 57 Bewerbern in Hattendorf befinden sich 28 Ratsassessoren, 8 Gerichtsassessoren, 4 Bürgermeister, 3 Stadträte, 3 Stadtrammänner, 2 Referendare, 2 Polizeiassessoren, 2 Rechtsanwälte, 2 Jur. Hilfsarbeiter, je 1 Anwalt, Finanzassessor und Verwaltungsanwältin. Es sind zunächst 14 Bewerber in engere Wahl gestellt worden.

Plauen. Hier sind die Fleischpreise, besonders des Schweinefleisches und Linsfleisches, außerordentlich gegeben. Im Schlachthof kosteten 100 Pfund Schweinefleisch Schlachtpreis in erster Qualität 80 M. Ein solcher Preis ist hier noch nicht dagewesen.

Leipzig. Der Herausgeber des Hammer, Th. Kritsch, ist wiederum wegen Beleidigung der jüdischen Religionsgemeinschaft von der Leipziger Staatsanwaltschaft unter Anklage gestellt worden. Kritsch batte in einem Buch über den Jahreslauf die israelitische Religion in bestiger Weise angegriffen.

Keine Nachrichten aus dem Lande. Auf der Heimfahrt von einer Landtour mit einem Dreirad Automobil schwer verunglückt ist einwohner des Dorfes Spittwitz bei Bautzen der Geldgiessermeister Otto Ullmer aus Bautzen und dessen 18jähriger Sohn. Durch Anfahren an einen Baum wurde letzterer aus dem Wagen geschleudert, wobei er schwere Brüderverletzungen und eine Gehirnerschütterung erlitt. Der Vater wurde sofort eingeliefert, daß er mehrere Rippenbrüche und einen Armbruch davontrug. – Das Anwesen des Nahrungsbetreibers Andreas Heinze in Wehlenberg ist nachts niedergebrannt. Das Feuer war im Stall- und Scheunengebäude ausgebrochen und legte zwei alte Frauen, sind mit knapper Not dem Flammenlohe entgangen. Sie waren über das Feuer herum gerannt, daß sie gefangen waren und sich nicht selbst zu retten vermochten. Man vermutet Brandstiftung. – Im Weilenbacher Busche bei Siedlitz wurde der 1553 geborene Arbeiter Henck aus Schleife bei Meißen erschlagen aufgefunden. – Am Abend eines Unwetters verlor ein Bautzener Haus in Plauen der 63 Jahre alte Heinrich Johann Heinrich Wilhelm Bauerfeld aus Görlitz bei Bautzen. Der alte Mann war in letzter Zeit in Bautzen von einem Werde so krank, daß er eine Tormutterklinik erhielt, daß er eine Bauchsehnenzündung eingetreten war.

An die Arbeiterschaft!

Unsere öffentliche Feststellung, daß die Organisation der Kino-Angestellten als der Bruch-Beruf bezeichnet worden ist, ist den Herren vom Verein der Theater-Besitzer höchst unangenehm.

Mit allen erdenklichen Mitteln suchen die Herren den Kino-Angestellten den Erfolg streitig zu machen.

So wurde heute unserem Vertreter, dem Herrn Max Richter, ein offener Brief zugestellt, in dem die Herren Besitzer in der unerhörtesten Weise wieder die Tatsachen auf den Kopf stellen und unseren Vertreter auf das gräßlichste beschimpfen.

Wir wissen ja, warum dies geschieht, werden uns aber nicht abhalten lassen, weiter auf der Erfüllung unserer Forderungen zu bestehen. Dass nur die in der Gelben Loge nun glücklich Untergelommenen aufrechte Männer (nach Meinung der Besitzer) sind und wir von diesen Gesellen rote Halunken, Lumpen usw. tituliert werden, macht uns nichts, wir sind uns viel zu gut, um mit Leuten dieses Schlag's große Sache zu machen. Warum gehen die Herren nicht auf unsere Feststellungen ein und klammern sich immer daran, daß unser Vertreter, Herr Richter, nicht Kino-Angestellter ist?

Wir kennen den Grund.

Uns allein hätten die Herren in ihrer bekannten Weise ausgelacht, in unseren Vertreter haben die Besitzer aber einmal einen Herren gefunden, der sich auch vor den Kino-Besitzer nicht scheut, den Herren ins Gesicht zu sagen, welche Zustände bestehen.

In dem offenen Brief wird von der Volkszeitung als unserem Leibblatt geschrieben; wir nehmen den Herren das nicht übel, sie kennzeichnen sich ja dadurch selbst. Auf der einen Seite wird die Arbeiterschaft verhöhnt, auf der anderen machen die Leute die krampfhaftesten Anstrengungen, die Arbeiter als Skundheit zu erhalten.

Das ganze Bestreben der Herren geht ja doch nur darauf hinaus, ihren Geschäftsbetrieb so einzurichten, daß sie in wenigen Jahren ihr Schäfchen ins Trockne gebracht haben.

Ob bei diesem Gebaren die Angestellten zu Grunde gerichtet werden, kümmert ja die Herren nicht.

Wir können den Herren aber versichern, daß wir nicht weichen, daß auch durch die größten Anrempelungen uns unser Vorsitzender nicht verläßt und wir hinter demselben stehen werden.

Indem wir noch weiter um die Unterstützung der Arbeiterschaft bitten, zeichnen

Verband der Theater- und Kino-Angestellten. Die Verwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein Dresden.

Dienstag den 16. April, abends 8½ Uhr, im Kristallpalast, Schäferstraße:

Hochinteressanter Lichtbildervortrag:

Die Entstehung der Steinkohle

und ihre Gewinnung im Bergwerk

von Otto Roth, Berlin.

Mit 115 farbigen Lichtbildern nach Naturaufnahmen.

I. Teil:

Die Entstehung der Steinkohle. — Beweise für die vorsätzliche Durchsetzung der Kohle. — Die Entstehung der Moore. — Die Pflanzen der Steinkohlen- und Braunkohlenzeit.

II. Teil:

Die Gewinnung der Kohle. — Das Leben und Treiben im Kohlenbergwerk. — Lieferung der Rettungsmannschaften. — Das Raddobetrieb. — Die Arbeiter-Kolonien. — In den Kohlenhöhlen von Ruhrtor.

Nur Mitglieder mit ihren Angehörigen haben Zutritt. Eintritt frei. Mitgliedsbuch legitimiert. Während des Vortrages werden die Sozialitäten geschlossen.

Einer regen Beteiligung steht entgegen.

Die Kommission.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verwandt. Berufsgen.: Zahlst. Dresden

Dienstag den 16. April 1912, abends 8½ Uhr, in der Zentralhalle, Zollstraße

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Die neue Reichsversicherungsordnung.“

Referent: Genosse Bernhard Menke, Dresden.

2. Vereindangelegenheiten.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Stellgen erwartet.

Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Wiederholung: Dienstagabend 8—1 Uhr und 8—9 Uhr. Montags ab 7 Uhr. Telefon: Max Beeden Nr. 774.

Geschäftsstelle: Wittenbergsche 4, gegenüber dem Polizeiamt Elster.

Bezirk NauBlitz.

Dienstag den 16. April, abends 8½ Uhr. **Mitgliederversammlung** im kleinen Saal des Gasthofs Wölfnitz. 1. Stunde. Tagesordnung: 1. Vortrag: Die Verfassung des Deutschen Reiches. Referent: Genosse Imwolde. 2. Bericht und dem Kreisvorstand. 3. Bericht von der Kreiskonferenz. 4. Allgemeines. — Debatte.

Sehr zahlreiches Besuch, unter Beachtung der sozialen Abstufung, steht entgegen. — **Die Bezirksverwaltung.**

Bezirk Zauckerode, Wurgwitz, Niederhermsdorf usw.

Wittwoch den 17. April, abends 8 Uhr, im Restaurant Wolf in Radebeul. **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen E. Reuter über Die Kunst als Erzieher der Menschheit. 2. Kreisvorstandsbereich. 3. Vereindangelegenheiten.

Die Genossinnen und Genossen werden erachtet, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen. — **Die Verwaltung.**

Englisch!

Anfangskursus den 15. April, abends 8½ Uhr. **Kursus für junge Damen** (Vorlesungen) den 19. April, 8½ Uhr. **Anfangskursus für Kinder** den 20. April, nachm. 2½ Uhr.

Französisch!

Anfangskursus den 18. April, abends 8½ Uhr. **Nachhilfekursus** für Schüler der Bürgerschule: Dienstag, Mittwoch und Freitag, nachmittags. **Anfangskursus für Kinder** den 24. April, nachmittags 4½ Uhr. — **Leichtfertiger Unterricht.** Sofort. **Wiederkurs zum Zweiten.** Preis vierzehn Kr. 5 M.

Helene Reichelt. Luisenstrasse 22, I.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Mügeln u. Umg.

Umzugshalter bleibt unser Bureau Montags den 15. und Dienstag den 16. April geschlossen. — Ab Mittwoch den 17. April befindet sich unser Bureau in

Mügeln, Restaurant Reichsfrone, Tel. Nr. 80

Das Bureau ist für den Verkehr geöffnet: vormittags von 8—9 Uhr, mittags von 12—1 Uhr und abends von 5—7 Uhr. Sonntags geschlossen. Außerhalb dieser Zeit können nur dringende Betriebsangelegenheiten geregelt werden.

Die Ortverwaltung.

Arbeiter-Verein Radiburg Dresden.

Ausfahrten:

Sonntag den 14. April: Vereins-Rückmittagstour nach Meißen.

Abfahrt nach 1½ Uhr vom Volkshaus. Treffpunkt in Meißen, Stadt Magdeburg, Fähemannstraße. Rückfahrt von Meißen abends 7 Uhr.

Sonntag den 21. April: Vereins-Rückmittagstour nach Prignitzhöhe bei Cunnersdorf. Abfahrt 8½ Uhr von den Gruppenlokalen. Treffpunkt Prignitzhöhe.

Sonntag den 28. April: Vereins-Rückmittagstour nach Zschopau. Abfahrt 2½ Uhr von den Gruppenlokalen. Treffpunkt Unterer Hofhof Zschopau.

Sonntag den 5. Mai: Vereins-Rückmittagstour nach Radeberg. Abfahrt früh 8 Uhr vom Volkshaus.

Gäste willkommen. —

Naturheilverein Radeberg.

Sonntag:

Damen-Tanz- u. Bade-Abend.

Kranken- u. Begräbniskasse d. Schlosser

zu Dresden, E. H.

Sonnabend den 20. April, abends 8 Uhr

Generalversammlung

im Saale der Reichshallen, Palmsstraße 18.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes sowie Vorlegung der Jahresrechnung und Richtigsprachung derselben.
2. a) Wahl des Kaisers; b) Ergänzungswahl des Verbands;
- c) Wahl der Gründungsmitglieder; d) Wahl der Rechnungsprüfer;
- e) Wahl des Kontrollencontroleurs; f) Wahl der Geschäftsverwaltung.
3. Eingegangene Anträge. — 4. Allgemeines.

Eintritt gegen Vorzeigung der Beitragsquittung.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten. Der Vorstand

A. B.-V. Wanderlust, Hintergersdorf u. L.

Sonntag den 14. April im Gasthof zu Hartha

Gr. Frühjahrs-Vergnügen

bestehend in Konzert und Reigentahren, vor und

nachdem **der** seiner Ball.

Auffang 5 Uhr.

D. V.

Postmanns-Café Trachenberge

Grimmauer Str. Ecke Übelstr. 52.

Salz ist zur Eintheilung empfohlen.

Mache Freunde und Bekannte auf die Jungen- u. Dersizitätsausstellung „Zur Sachserkundung“, Poppelsd. ausserdem. Guter Mittagessen.

Jeden Abend: proletarische

caféhaus. Direkt. Niemand.

Freiheit ist anderem mittel

gesetzt: Sie

die Ver-

kaufen

Schulgemeinde

haben vol-

der folgt

in der D

ein jache

gang in W

fragt folgen

Der erste

ist über

der Be-

Stadt

die i

dom drit

mit h

will.“ Da

meine Woh

ungenügend

jahr zu

weiteren B

deren,

Eltern,

erhöben w

teilungen

0. und 10.

40 Kinder

Die b

freiheit ist

anderem mittel

gesetzt: Sie

die Ver-

kaufen

Schulgemeinde

haben vol-

der folgt

in der D

ein jache

gang in W

fragt folgen

Der erste

ist über

der Be-

Stadt

die i

dom drit

mit h

will.“ Da

meine Woh

ungenügend

jahr zu

weiteren B

deren,

Eltern,

erhöben w

teilungen

0. und 10.

Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 85.

Dresden, Sonnabend den 13. April 1912.

23. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Vom Stande der Volkschulreform.

Am Montag den 15. April tritt der Landtag nach einer vierzehntägigen Pause wieder zusammen. Wieder wird auch die Schuldeputation ihre unterbrochenen Arbeiten wieder aufnehmen, um zu versuchen, die Beratungen im Ellentempo innerhalb weniger Wochen zu Ende zu führen. Noch liegt das Schicksal der Volkschulreform völlig im Dunkeln und gegenwärtig erscheint eine Verabschiebung der Vorlage in dieser bis zu Pfingsten währenden Tagung so gut wie unmöglich, obwohl außerfällig versichert wird, daß bei der Regierung die Absicht besteht, alles auszubüten, um die Fertigstellung des Gesetzesentwurfs zu erreichen.

Wie dem aber auch sein möge, eine Übersicht vom Stande der jetzigen Beratungen und den gefassten Beschlüssen wird von allgemeinem Interesse sein. Es sind allerdings über die wichtigeren Sitzungen Berichte in der Presse veröffentlicht worden, aber einen zusammenfassenden Überblick ermöglichen diese Sitzungsschilderungen nicht ohne weiteres.

Bisher sind von den 70 Paragraphen erst 21 durchberaten worden, darunter sind aber die wichtigsten. Die noch verbliebenen 39 Paragraphen werden in kürzerer Zeit zu bewältigen sein. Doch sind alle bisher gefassten Beschlüsse erst halbseitige ersten Besetzung. Bei der widerstrebenden Haltung der Regierung zu einigen vorläufig beschlossenen Änderungen und der minimalen Standhaftigkeit der Nationalliberalen ist es gar nicht ausgeschlossen, daß die bisher beschlossenen Verbesserungen in der zweiten Besetzung noch mehr verstärkt werden, als es durch nachträgliche „Ergänzungen“ ohnehin schon geschehen ist.

Die beschlossenen Änderungen zu den §§ 1 und 2, die den der „Auffgabe der Volkschule“ und von den „Unterrichtsgegenstände“ handeln, sind hauptsächlich revolutionärer Art, bedeuten aber doch auch Konzessionen an die Forderungen der modernen Pädagogik. Als Unterrichtsgegenstände sind neu eingefügt worden: Ausführungsuntersuchungen und Arbeitskunde, ferner planmäßiges Leben im Anschauen, Vorstellen, Denken, Rechnen und Messen sowie im mündlichen und schriftlichen Gedanken-ausdruck, Darstellen und Singen. Der Handfertigkeitsunterricht für Knaben enthält zwar schon die Regierungsvorlage, durch die Änderungen der Deputation, die übrigens auch eine systematische Gliederung der Bestimmungen gebracht haben, ist er mehr in den Vordergrund gerückt worden. Durch die erwähnten Änderungen soll unter anderem auch erreicht werden, die Schadlohe des alten Lern- und Empfängerunterrichts zu lösen und statt des Einrichtens ein Erleben im Unterricht durch die Schüler durch Anschauung, Selbstarbeit und Leistung zu erreichen. Dem Arbeitsunterricht soll der Weg geschnitten werden.

Der § 3, der die Verteilung der Volkschule in einfache, mittlere und höhere festlegen wollte, ist vorläufig ganz in Wegfall gekommen. Statt dessen ist ein Antrag folgenden Wortlauts zum Beschluss erhoben worden: „Der freien Entschließung der Schulgemeinde ist überlassen, ob sie nur eine nach Maßgabe der Bestimmungen im § 18 einzurichtende Volkschule (allgemeine Volkschule) oder ob sie in Verbindung mit dieser frühestens vom dritten Schuljahr an eine Abteilung mit höheren Bildungszielen unterhalten will.“ Damit würde für die ersten zwei Schuljahre die allgemeine Volkschule erreicht sein. Das wäre ein kleiner, aber umfangreicher Schritt nach vorwärts. In die vom 3. Schuljahr an zulässigen höheren Abteilungen sollen einem weiteren Beschuß zufolge die Kinder aufgenommen werden, die dazu befähigt sind und deren Eltern es wünschen.“ Ein höheres Schulgeld soll nicht erhoben werden dürfen. Somit ist hinsichtlich der höheren Abteilungen noch beschlossen worden, daß der Lehrgang auf das 9. und 10. Schuljahr ausgedehnt werden kann und höchstens 40 Kinder in einer Klasse unterrichtet werden dürfen.

Die von sozialdemokratischer Seite geforderte Vermittelbarkeit ist nicht erreicht worden, doch wurde dem § 6, der unter anderem auch die Eltern zur Beschaffung der Vermittelbarkeit verpflichtet, ein Zusatz folgenden Wortlauts angefügt: „Für Kinder unbemittelster Eltern sind die Vermittelbarkeit aus der Schule zu verschaffen.“ Nach dem § 8 der Regierungsvorlage soll es den Schulgemeinden überlassen bleiben, ob sie Schulgeld erheben wollen oder nicht. Die Deputation aber bestimmt stattdessen folgende Bestimmung einzufügen: „Schulgeld wird in der öffentlichen Volkschule nicht erhoben.“ Damit endet die Schulgeldstreitheit beschlossen.

Die Konfessionschule ist noch verschoben. Umfassen der Nationalliberalen schließlich nach dem Regierungsentwurf beschlossen worden. Für die Hilfsschulen, in denen schwachbefähigte Kinder unterrichtet werden sollen, ist jedoch im Gegensatz zur Regierungsvorlage folgender Zusatz eingesetzt worden: „Die Hilfsschule ist nicht konfessionell zu trennen.“ Die Bestimmung über den Religionsunterricht der Dissidentenklasse soll nach den Deputationsbeschlüssen also lauten:

Auch Dissidenten haben für die religiös-stiftliche Unterweisung ihrer Kinder zu sorgen. Die Einschaltung darüber, ob der diesen Kindern vorgedrohte Unterricht gestattet, steht den obersten Schulbehörden zu. Ist zu solchem Unterricht keine Gelegenheit vorhanden, so haben die Kinder am Religionsunterricht der Schule teilzunehmen.

Die Ausgestaltung der einfachen Volkschule ist im wesentlichen der Regierungsvorlage gemäß beschlossen worden. Es soll danach die Höchstzahl in einer Klasse 50 betragen, während auf einen Lehrer 80 Schüler entfallen dürfen. Für die Zahl der Unterrichtsstunden hat die Deputation folgende Bestimmungen neu eingesetzt:

Wo die Verhältnisse es gestatten, sollen die Kinder wöchentlich im dritten Schuljahr wenigstens 20 Unterrichtsstunden, im vierten Schuljahr wenigstens 22, vom fünften Schuljahr an die Knaben wenigstens 26 (ausschließlich Turnunterricht), die Mädchen wenigstens 24 (ausschließlich Handarbeits- und Turnunterricht sowie Haushaltung und Kochunterricht) erhalten.

Damit sind die wichtigsten Änderungen der Regelungsvorlage erwähnt. Weitergehende Anträge von sozialdemokratischer Seite wurden abgelehnt. Anfangs stellte auch der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Antje von der Verhandlungen wesentlich einstimmig konzentriert. Dennoch ist es fraglich, ob die Regierung einigen Beschlüssen, wie denen über die allgemeine Volkschule und die Schulgeldfreiheit, zustimmen wird. Die weitere Entwicklung der Volkschulfrage liegt also noch sehr im Unbekannten.

Die Richtbestätigung

des neu gewählten Oberbürgermeisters von Zittau. Dr. Roth, führte gestern Freitag abend den Rat und die Stadtverordneten zu einer gemeinschaftlichen Sitzung zusammen. Die Sitzung war zunächst nichtöffentliche und von 11 Uhr bis 12 Uhr dauerte. In der dann folgenden öffentlichen Sitzung, die vom Bürgermeister Michael geleitet wurde, erfolgte zunächst eine Erklärung über den bekannten Grund, der zur Untersuchung der Sitzung geführt hatte. Zur Begründung seiner ablehnenden Haltung hatte der Kreishauptmann dem Stadtrat einen ausführlichen Schriftzug zugehen lassen. In dessen Einleitung wird gesagt, daß der Kreishauptmann den Kreisausschuss gemäß § 92 der Revidierten Städte-Ordnung guadatlich gebürtig habe und dieser auf Grund des ihm vorgetragenen Altersmaterials sich gegen eine Bestätigung, und zwar mit Rücksicht auf das leidliche amtliche und außeramtliche Verhalten Dr. Roths mancherlei Bedenken duftiere. In dem Schriftzug, der in mancher Beziehung interessant ist, heißt es dann wörtlich:

„Nach dem am 8. Juni 1910 ergangenen rechtskräftigen Urteil des Schiedsgerichts Burgstädt in Sachen des Dr. Roth gegen den Privatmann G. Bünker zu Burgstädt wegen öffentlicher Bekleidung steht fest, daß Dr. Roth dem Hazardspiel ergeben ist, und daß er nach seinem eigenen Bekundnis am Hazardspiel wiederum auch in öffentlichen Schenken tüchtig Burgstädt sich beteiligt hat, wiewohl der Inhaber öffentlicher Versammlungsstätte, die Glücksspiel bestellt gehabt hat, oder zur Verhinderung solcher Spiele mindestens durch das deutsche Strafgesetz unter Strafe gestellt sind. Hat Dr. Roth hierzu in Strafbare Täuschung von Hazardspielen, deren Verhinderung ihm amtiell obliegen hätte, mit Amtsgegeben, so hat er selbst, wie weiter gerichtet, bestellt worden, Strafbarer Handlungen dadurch sich schuldig gemacht, daß er in Rücksicht von Sonnabend zum Sonntag in den Sonnabend am Kartenspiel in öffentlichen Wirtschaften sich beteiligt, mit Rücksicht gegen Bestimmungen des Gesetzes über die Sonn-, Feiert- und Burgfesttage getan hat, deren Schutz ihm durch seine amtliche Stellung als örtliche Polizeibehörde in erster Linie zur Aufgabe gereicht.“

Es tritt hingegen dar, daß Dr. Roth von solchem, das Anschein seiner behaupteten Stellung gefährdenden, besonderen vor den ihm unterstellten Polizeiorganen bleibenden Geboten auch nicht Abstand genommen, sich vielmehr erneut am Glücksspiel beteiligt hat, nachdem er von seiner vorgelegten Dienstbeschwerde wegen des von ihm zugesandten Hazardspiels für die Zukunft schriftlich verwarnt worden war.

Zu Gericht gibt auch Anlaß, daß das Gericht die gegen Dr. Roth erhobene Verdächtigung, sogar falsch gespielt zu haben, nicht unbedingt zurückgewiesen hat; vielmehr hat das erneinte Gericht hinsichtlich des einen der zur Untersuchung gezogenen Fälle die Möglichkeit, daß er dabei absichtlich falsch gespielt habe, für erheblich nötiger als in einem anderen erörterten Falle legend“ bezeichnet und nur den Zweck dafür „nicht für voll geführt erachtet“, daß er absichtlich falsch gespielt habe.

Gleichzeitig ist weiter als erwiesen angenommen worden, daß Dr. Roth noch unbefugt Abnahme einer eidostatistischen Versicherung eine amtliche Auskunft zu Ungunsten einer Person, mit der er „in erbitterter Feindschaft lebt“, „auswahlt“ erachtet hat und, wenn schon nicht bestätigt werden können, daß er sich der Unwahrheit dieser Auskunft bewußt war, ihn doch der Vorwurf trifft, die Unwahrheit nur „infolge grober Fahrlässigkeit“ nicht gekannt zu haben.

Vom Gericht ist endlich auch festgestellt worden, daß Dr. Roth eines schweren Verstoßes gegen seine Amtspflichten“ und „eines groben Willkürs bei Ausübung seiner polizeilichen Wachstätigkeiten“ dadurch sich schuldig gemacht hat, daß er in seiner Eigenschaft als einziges polizeiliches Organ es unerlich, eine durch Unzige gegen den Fabrikanten Sundermann anhändig gewordene Sache, namentlich aber, nachdem diesem eine mit dem Amtsiegel des Stadtrats von Burgstädt versehene und auf amtlichen Formular ausgesetzte Strafverfügung auf 20 M. Geldstrafe eventuell 10 Tage Haft zu gestellt worden war, bis zur Vollstreckung der Strafe weiter zu verstellen, während er doch zu einer Niederschlagung des Verfahrens gelegentlich bestellt war.

Hiernach ebenfalls erhebt, daß Dr. Roth, während er als Träger der Polizeigewalt zu Gewissenhaftigkeit und gutem Beispiel belobt werden war, sich in verschiedenen Richtungen über die ihm obliegenden Pflichten hinwegsetzt, ja die amtliche Zuverlässigkeit und Autorität direkt gefährdet hat.

Wie leichtfertig Dr. Roth schließlich aber auch die Ehre seiner Amtsgenossen und das Ansehen von Behörden angreift, beweist sein Vorgehen in der zweiten Kammer des Sächsischen Landtags, in der er im April 1910, um einem zu einem Städte- oder Landtag nicht bestimmten Gemeindemitgliede gefällig zu sein, die Gemeindewahlmissiv der Stadt Bernstadt ohne ausreichenden Anlaß vor allem ohne Vorsicht geprüfte Unterlagen und auf Grund unzureichender Behauptungen zu abschließender Seprichtung zog, dabei aber die vorliegende Verwaltung öffentlich der Lächerlichkeit preisgab.

Dr. Roth kann noch alledem nicht als eine ausdrücklich charakteristische, fastvolle und außerordentliche Persönlichkeit erachtet werden, der die Rücksicht und Leitung eines so bedeutenden, in rechter Entwicklung begriffenen Gemeindewesens, wie es die Stadt Zittau ist, besonders auch die Ausübung der Vollezugsmacht unbedenklich anvertraut werden müßte.

Im Innere des Sächsischen Landtags vor allem ma-

schlich wird der Stadtrat von Zittau aufgefordert, wegen Bannahme einer anderweitigen Wahl eines Erforderlichen in die Wege zu leiten. Die städtischen Kollegen haben sich durch dieses Schriftstück jedoch nicht beirren lassen. Sie fachten in öffentlicher Sitzung den einstimmigen Beschluß, die Entscheidung der Regierung anzurufen.

Dr. Roth hatte eine längere Privatdebatte, die jedenfalls seine Amtstätigkeit enthielt, an den Stadtverordnetenvorsteher Michel geändert, die leider nicht zur Vertiefung kam, aber dennoch zur Erörterung kamen würden.

Zu den Behauptungen des Kreishauptmanns dürfte Dr. Roth noch manches zu sagen haben. Aber es ist ohnedies bekannt, daß die angeblichen Verfehlungen des Burgstädtischen Bürgermeisters von mehreren Jahren den Vorwand zu dem Gesetz gegeben haben, die konervative und nationalliberale Parteigruppen gegen ihn inszeniert haben. Dabei ist vor allem gewaltig übertrieben worden. In dem deshalb von Dr. Roth gegen diese Treiber und Dreyer angestrengte Bekleidungsprozeß ist der Hauptbeteiligte ja auch zu 1500 M. Geldstrafe verurteilt worden. Schon daraus geht hervor, daß den Bekleidungen, die die Kreishauptmannschaft jetzt wieder vorbringt, keine Bedeutung beizumessen ist. Uebrigens war alles das, was der Kreishauptmann v. Kraushaar in seiner Begründung berichtet, dem Ministerium längst bekannt. Es hat sogar 1910 auf eine Denunziation eines Burgstädtischen Fabrikanten hin nach Prüfung des Altersmaterials entschieden, daß sein Anlaß zu einem Disziplinarverfahren gegen den Burgstädtischen Bürgermeister Dr. Roth vorliege. Wie können aber Vorgänge, die 1910 zu keinerlei Vorgehen gegen den Bürgermeister in Burgstädt Anlaß geben, zwei Jahre später die Richtbestätigung einer Bürgermeisterwahl in Zittau begründen? Das kann kein vernünftiger Mensch einsehen. Es bleibt also auch jetzt nur die eine Erklärung übrig: der wirkliche Grund der Richtbestätigung ist die politische, der Kreishauptmannschaft nicht genehmigte Haltung Dr. Roths.

Der Kreishauptmann v. Kraushaar in Bautzen hat der Zittauer Morgenzeitung eine Verjährung zugelassen, worin er bestreitet, die Vorstellung als Grund der Bedenken angegeben zu haben. Dr. Roth hält aber, wie die Zittauer Morgenzeitung mitteilt, alle seine gegenteiligen Angaben aufrecht.

Die Kämpfe der Bergarbeiter.

In Zwönitz land am Freitag eine von etwa 8000 bis 7000 Personen beteiligte Bergarbeiterversammlung statt, in der der Reichstagabgeordnete Sachse sprach. Er teilte mit, daß die geistige Arbeiterskonferenz bestellt worden, eine Anfrage an das Ministerium zu richten, ob es bereit sei, eine Arbeitersdeputation zu empfangen, die um Vermittlung zwischen den Bergarbeitern und den Grubenbesitzern erläutert soll. Dieser Schritt sei unternommen worden, weil die Regierung seinerzeit im Landtag erklärte habe, daß sie zur Vermittlung bereit sei. Die Versammlung stimmt dem Redner bei, so lange einstündig im Streik zu verharren, bis ein anderer Beschluß gefasst werde. Der Abgeordnete Sachse erklärt noch, es könne, wenn der Streik noch länger andauere und die Grubenbesitzer sich weigerten, Zugeständnisse zu machen, möglich sein, daß für die jugendlichen Bergarbeiter die Parole ausgegeben werde, in Massen abzuwandern und sich anderswo Arbeit zu suchen.

Wielbegehrter Posten.

Um die durch den Tod des Bürgermeisters Nöller erledigte Bürgermeisterstelle in Nöllwein haben sich 57 Bewerber gemeldet. Genau mit derselben Zahl meldungen ist die Stadt Harta dagegen bestellt worden, die ebenfalls einen Bürgermeister antreffen will. Unter den 57 Bewerbern in Harta befinden sich 28 Kaufleute, 8 Gerichtsassessoren, 4 Bürgermeister, 3 Stadträte, 3 Stadtmänner, 2 Referendare, 2 Polizeiassessoren, 2 Rechtsanwälte, 2 Jur. Hilfsarbeiter, je 1 Amtsrat, Finanzassessor und Verwaltungsamtmater. Es sind zunächst 14 Bewerber in engere Wahl gestellt worden.

Plauen. Hier sind die Fleischpreise, besonders des Schweinefleisches und Rindfleisches, außerordentlich geziert. Im Schlachthof kosteten 100 Pfund Schweinefleisch Schlachtgewicht in erster Qualität 80 M. Ein solcher Preis ist hier noch nicht dagewesen.

Leipzig. Der Herausgeber des Hammer, Th. Tritsch, ist wiederum wegen Beschimpfung der jüdischen Religionsgemeinschaft von der Leipziger Staatsanwaltschaft unter Anklage gestellt worden. Tritsch hatte in einem Buch über den Judentumus die jüdische Religion in bestiger Weise angegriffen.

Meine Nachrichten aus dem Lande. Auf der Heimabfahrt von einer Landtour mit einem Delitzsch Automobil schwer verunglücht ist unter dem Dorf Spittelwitz bei Bautzen der Siedlermeister Otto Blüthner aus Bautzen und dessen Sohn. Durch Anfahren an einen Baum wurde letzterer aus dem Wagen geschleudert, wobei er schwere Gesichtsverletzungen und eine Gehirnerschütterung erlitt. Der Vater wurde darauf eingeliefert, daß er mehrere Rippenbrüche und einen Armbruch davontrug. – Das Auto des Naherungsbesitzers Andreas Heinz in Wehlenberg ist nachts niedergebrannt. Das Auto war im Stall- und Scheunengebäude aufgezogen und legte auch noch das Wohnhaus in Flammen. Die beiden Bewohner des Hauses, zwei alte Frauen, sind mit knapper Not dem Flammenlohe entgangen. Sie waren über das Feuer derart erschrocken, daß sie gleichzeitig waren und sich nicht mehr zu retten vermochten. Man vermutet Brandstiftung. – Im Bautzener Busche bei Siebenlehn wurde der 1893 geborene Arbeiter Henke aus Görlitz bei Wehlenberg erhangt aufgefunden. – An den Holzen eines Eichholzbaumes verstorben ist im östlichen Frankenbaume in Plauen der 63 Jahre alte Biedermann Johann Heinrich Wilhelm Baureis aus Görlitz von einem Bierde in Bautzen gegen den Unterleib geschlagen worden, daß er eine Darmverzerrung erlitten hat und eine Darmstielentzündung eingetreten war.

Stadt-Chronik.

Rathskeller - Bettelei.

In der bürgerlichen Presse wird vom Landesverband Sachsen des Deutschen Luftschiffvereins zur Sammlung einer "Nationalpfeife für eine deutsche Luftschiff" aufgefordert. Man erlautet die Leute unter dem Hinweis auf unsere weiblichen Nachbarn, möglichst viel Geld in die Geschäftsstellen der Blätter zu tragen. Die Neuesten Nachrichten drücken überdies einen Schreibbrief des auf "Ullou" in Paris lebenden Opernängers Gembach ab, der 100 Mark schäfte und ebenfalls vom Flottenföhrer besaßen zu sein scheint. Stimmungsmache! Arbeiter werden wohl nur vereinzelt auf diesen Bettel hineinfallen. Das deutsche Volk hat schon genug an den Kosten, die ihm die Rüstungen zu Wasser und zu Lande brachten, zu tragen — in wenigen Tagen werden infolge der gewaltigen Heeres- und Marinevermehrungen ungeheure Lasten dazukommen —, so daß es wahrscheinlich wenig Lust haben wird, noch freiwillige Beiträge für den neuesten, den Luftschiffsförderer zu zahlen. Im übrigen muß man nur den Mut dieser Blätter bewundern, wenn sie es wagen, an die "nationale Gefügung" des deutschen Volkes zu appellieren, während ihre reichen Hintermänner und Gefügungsgenossen alle Hebel gegen die Einführung der Erbschaftsteuer in Bewegung setzen, damit sie ja nicht etwa ein wenig mehr als der Arme im Volke zu unseren großen Rüstungen zu Wasser und zu Lande beitragen müßten. Das deutsche Volk hat am 12. Januar wirklich deutlich genug zum Ausdruck gebracht, wie es über die Kriegsbegehr und über die an diesen wahnwitzigen Rüstungen Millionen verdienenden Protagonisten denkt. Und nun soll es wieder, um den Flottenföhrer interessenten das einträgliche Gehöft fördern zu helfen, in den Beutel greifen. Große Hoffnung scheint man dabei auf die Wirkung des Schwundels von der militärischen Überlegenheit Frankreichs zu legen, die angeblich darin bestehen soll, daß es ein paar Flugzeuge mehr aufweist als Deutschland. — Warum greifen denn diese großen "Patrioten" nicht in die eigene Tasche? Das Zahlen überlassen sie gern auch hier den anderen. Patriot sein heißt eben für diese großen Schreie auch in diesem Falle Profil und Ehren einnehmen, darüber hinaus wollen sie ihre Ruhe haben.

Die Kinderschutz-Kommission 1911.

Die im vorigen Jahre vorgenommene Aenderung in der Organisation (Kreiskommissionen mit einer Zentralkommission an der Spitze) hat sich sehr gut bewährt. Die Kommission hatte sich im vergangenen Jahre mit 114 Fällen zu beschäftigen, von denen 80 Fälle Berichte gegen die Schulbestimmungen betrofen; in 40 Fällen handelte es sich um Rückschläge und in 37 um die Erfüllung der Schulpflicht; außerdem sind noch 5 Fälle der allgemeinen Gefährdung und 2 der gänzlichen Verwahrlosung zu verzeichnen. In 40 Fällen wurden verschiedene Behörden (Vormundschaftsgericht, Sozialfahrtspolizei, Gewerbeaufsicht, Schulbehörde, Gürtiergeamt usw.) in Anspruch genommen und größtenteils auch Hilfe geleistet. So wurden in Gladigau Görnerereien Kinder während der Ferien schon frühzeitig beauftragt, wo auf unsere Veranlassung hin eine schwere Kontrolle dieser Betriebe erfolgte. Am Dezember 1910 wurde an einem Tage eine Kontrolle der vor dem Schulunterricht beschäftigten Kinder vorgenommen. In der Zeit von früh 4 bis 7 Uhr wurden 176 Kinder beim Frühstück, Milch- und Zeitungsauftragen betroffen.

Die legendäre Tätigkeit der Kinderschutz-Kommission hat auch im verflossenen Jahre in vielen Kreisen Anerkennung gefunden. Wenn auch oft festgestellt war, daß die infolge Krankheit oder Arbeitslosigkeit eingetretene Not die Veranlassung war, zarte Kinderhände lohnbringender Beschäftigung auszuführen, lieber das Gefährliche der Kinderausbeutung "die nötige Aufklärung in Arbeitssachen zu schaffen, dünkte eine der dankbarsten Aufgaben sein. Wie vieles hängt auf dem Gebiete des Volkswohls davon ab, wenn in die geistigen und körperlichen Entwicklung des Kindes störend eingegriffen wurde. Hier bestehend einzutreten, nicht nur dadurch, daß die Kunden des Gesellschaftsförderers bloß gelegt werden, sondern auch dadurch, daß dieser Körper selbst einer Gefundung zugänglich wird, rückt das eifrigste Bestreben eines jeden ein, der menschlich misslich und empfindet. — Soweit wie es Zeit und Mittel erlaubten, hat die Kommission der Verwahrlosung sich überlassen Kinder dadurch begegnet, daß in der häufigen Zeit Wandern veranlaßt wurden. In einem andern Bezirk wurden die Kinder angeregt, Gegenstände aus dem, was die Natur bietet und überhäufig hat, im Walde anzutasten. Es war oft erstaunlich, wie die Phantasie der Kinder sich in diesen Arbeiten wiederholte. Die Arbeiten, die am Schlüsse ausgestellt wurden, erweckten das grösste Interesse. — An die Frauen der Partei- und Gewerkschaftsgenossen, die Zeit, Lust und Liebe zu Kindern haben, wird die dringende Bitte gerichtet, sich im kommenden Jahr für die Ausflüge zur Verfügung zu stellen und im übrigen die Kommission tatkräftig zu unterstützen, damit immer mehr erreicht wird, die Kinder unserer Arbeiter vor fältlichen Gefahren zu schützen.

Die häufigen Schüler Selbstmorde

schien Herr Oberbürgermeister Dr. Beutler im Auge zu haben, als er in einer Begrüßungsrede auf dem Verbandsstage der akademisch gebildeten Lehrer, der dieser Tage hier stattfand, u. a. ausführte:

"Die Zeit um Oster herum ist nicht bloß für viele Eltern eine schwierige und anstrengende, sondern für sie vor allem sicher auch für den Lehrer. Wenn nun in dieser Zeit, meine hochgeehrten Herren, Angriffe gegen diese Stadt erzielen und bemüht jedes Jahr dazu werden, so dürfen Sie sich dessen nitieren, daß Sie einer wesentlich schwierigeren Aufgabe gegenüberstehen als in früheren Zeiten. Sie müssen Elemente verarbeiten und zu einem Abschluß führen, die früher den höheren Schulen vertraut waren, und von Ihnen wird doch verlangt, daß Sie das Ziel der Schule erreichen. Da darf es denn nicht unvermeidlich, wenn aus gewissen Ereignissen heraus, die ich nicht näher berühren will, alle Jahre wiederum Angriffe gegen Sie gerichtet werden. Sie können sich dessen nitieren: daß die Freuden der Schülerschaft wie des breiten Volkes gehört haben, meine hochgeehrten Herren, um so mehr, als wir mit besonderer Freude und mit besonderem Stolz wahrnehmen, daß Sie ostenthalen bestrebt sind, unsere Jugend zu guten Bürgern und Mitgliedern unseres Volkes zu guten Bürgern unseres Vaterlandes zu erziehen."

Natürlich waren die Herren Akademiker von diesem

Speach sehr begeistert, die dummen Andeutungen des Redners schienen ihnen verständnisvoller zu sein, als es bei weiteren Kreisen der Fall sein dürfte.

Zum Schutz der städtischen öffentlichen Anlagen

und Verkehrsräume wird durch amtliche Bekanntmachung verboten: das Betreten der Alleenplätze, Parks, Strauch- und Baumalmen, Wegeeinflüsse und Ruhebänke, jede Verhinderung oder Verunreinigung der Anlagen und Wege oder der in diesen, sowie an den städtischen öffentlichen Plätzen und Straßen befindlichen Bäumen und Sträucher, Bänke, Warnungstafeln, Platze, Einzelheiten und dergleichen, das Werken mit Steinen, Böhlen, Ecken oder anderen Gegenständen in die Anlagen oder Bäume, das Besetzen von Plakaten oder anderen Gegenständen, das Einschlagen von Nageln an Bäumen, Mauern, Bänken und dergleichen, das Plündern oder Einzelnahmen von Zweigen, Blättern, Früchten oder Laub, das Füttern der Vögel außerhalb der Rüttelpflege, besonders mit Knospen oder Fleischstücken. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Postverkehr.

Die Postverwaltung hat im vorigen Jahre zwei neue Betriebszweige eingeführt, den Ortschinneldienst und den Gilaboldungsdienst. Der Ortschinneldienst ist in Sachsen auf Dresden, Leipzig, Chemnitz und Plauen i. B. beiderwärts. Von 6 Uhr morgens bis 10 Uhr abends werden Briefsendungen auf Verlangen der Absender durch Postboten aus der Wohnung des Absenders abgeholt und unmittelbar an die Empfänger abgetragen; auch wird die Antwort des Empfängers eingeholt und dem Absender mündlich oder durch Fernsprecher übermittelt. Anträge auf Versorgung dieser Art können durch Fernsprecher (Anrufernummern 19446 und 19456) oder mündlich an allen Posthaltern in Dresden und Blasewitz, ferner am Schalter des Telegraphenamts in Dresden, sowie schriftlich gestellt werden. Die Gebühr für Pergierung eines Briefes in der inneren Stadt beträgt 5 Pf. nach den äußeren Stadtteilen (Plauen, Löbau, Cotta, Streblen, Wilsdruff, Radeberg usw.) 75 Pf. Beim Gilaboldungsdienst, der sich auf alle Postorte im Reichs-Postgebiet erstreckt, werden gewöhnliche Briefsendungen, die mit der Post abgeschickt, und Telegramme, die mit Reichstelegraph weiterbefördert werden sollen, auf Verlangen der Absender durch Postboten aus der Wohnung abgeholt. Aufträge zur Gilaboldung können durch Fernsprecher und mündlich am Schalter jeder Postanstalt oder schriftlich erfolgen. Für die Abholung einer Sendung werden 25 Pf. für jede weitere gleichzeitig abzuholende Sendung 10 Pf. erhoben.

Zentralarbeitsnachweis.

Die männliche Abteilung, Professionisten jeder Branche, Marktheister, Ärzte, Arbeits- und Kaufleute, ungeliebte Fabrikarbeiter, Handlungsbürokrat und Schreiber, botte im Monat März 1912 folgenden Verkehr aufzuweisen: 1778 (1811) Arbeitssuchende, 1428 (1763) offene Stellen, 1144 (1217) belegte Stellen. Es kamen auf 100 offene Stellen 124,9 (105,1), auf 100 belegte Stellen 155,4 (152,3) Arbeitssuchende. Die Zeit von Januar bis mit März zeigt folgende Zahlen: 4073 (5291) Arbeitssuchende, 3340 (3641) offene Stellen und 2786 (2741) belegte Stellen, somit kamen auf 100 offene Stellen 139,3 (145,3), auf 100 belegte Stellen 167,7 (193,1) Arbeitssuchende. — Die weibliche Abteilung, Wachs- und Schreifrauen, Auswartungen und Auswaisfrauen, Dienst- und Küchenmädchen, Kellnerinnen, hatte 2070 (2445) Arbeitssuchende, 2233 (2091) offene Stellen, 1954 (2262) belegte Stellen. Es kamen somit in diesem Monat auf 100 offene Stellen 98,1 (81,7), auf 100 belegte Stellen 106,4 (108,1) Arbeitssuchende. Die Zeit von Januar bis mit März zeigt folgende Zahlen: 5421 (6885) Arbeitssuchende, 5719 (7211) offene Stellen, 5002 (5717) belegte Stellen, somit kamen auf 100 offene Stellen 95,0 (92,7), auf 100 belegte Stellen 106,7 (116,9) Arbeitssuchende. — Im Facharbeitsnachweis für das Salzwirtschaftsgewerbe hatte die männliche Abteilung: Kellner, Köche, Bierausgeber, Haussdiener und Ausfüllern, folgenden Verkehr aufzuweisen: 485 Arbeitssuchende, 670 offene Stellen, 502 belegte Stellen. Es kamen in diesem Monat auf 100 offene Stellen 72,1, auf 100 belegte Stellen 96,2 Arbeitssuchende. Die weibliche Abteilung, Kellnerinnen, Köchinnen, Bieraussteller, Zimmermädchen, Herdmädchen und Ausfüllern: 219 Arbeitssuchende, 386 offene Stellen, 218 belegte Stellen. Es kamen somit in diesem Monat auf 100 offene Stellen 37,4, auf 100 belegte Stellen 100,5 Arbeitssuchende.

Wegen unlauteren Wettbewerbs wurde ein bissiger Geschäftsinhaber vom Schöffengericht zu 10 R. Geldstrafe verurteilt. Der Stadtrat hatte gegen den Kaufmann Segall eine Strafvollstreckung wegen unlauteren Wettbewerbs erlassen. In einem Zeitungsdienstlich hieß es am Schluß: "Herner während dieser Woche Sensationspreise, solange der Vorrat reicht." Hier erblieb das Gewerbeamt die Ankündigung eines Ausverkaufs. Segall beantragte gegen diese Aufführung richterliche Entscheidung und machte geltend, daß die Nämung eines Teiles seines Konkurrenzgeschäfts durchaus nicht beabsichtigt wort. Mit den Worten "solange der Vorrat reicht" habe er sagen wollen, solange die Ware vorhanden ist. Er erwirkt bestimmte Posten und veranlaßt dann Gelegenheitsläufe. Das Gericht ist der Meinung, daß die in der Ankündigung gebrachte Redewendung auf einen Ausverkauf hinweist; es handelt sich um die Nämung des Vorraths eines bestimmten Warenbestands. Er hatte billige Läufe gemacht und nun das Besteuren, den Posten zu räumen. Die Veranstaltung eines Ausverkaufs muß dem Gewerbeamt 14 Tage vorher angezeigt werden, was nicht geschehen ist. — Das Gericht bestätigte die Strafe.

Die Waldberghütten in Trockenberge und im Plauenschen Grunde werden voraussichtlich noch Ende dieses Monats erhöht werden können. Besuch um Freizeiten können nur in bedrücktem Maße und nur zu Beginn und Ende des Sommerhalbjahrs gewährt werden. Der Verpflegung betrifft nach wie vor in Trockenberge 1 R., im Plauenschen Grunde muß er auf 1,25 R. erhöht werden. Die Geschäftsstelle ist Karolinentor 1.

Vermischte Nachrichten. Der Dresdner Anzeiger berichtet mit rührender Aufrichtigkeit die einzelnen Phasen der modernen Arbeiterbewegung. So berichtet er z. B. am 11. April von einem im Volkshaus in Gotha ausgebrochenen Kellnerstreik und nimmt erleichtert mit den Worten auf: "Der Streik dauert fort." In Wirklichkeit war der "Streik", der ganze drei Tage gedauert hatte, schon am 10. vollständig beigelegt. — Im Selbstmordlicher Absatz schreibt sich am Donnerstag mittag ein in der Döbelnerstraße wohnender 21 Jahre alter Arbeiter eine Revolverkugel in die linke Schulter. Die

Verlehung ist nicht lebensgefährlich. Der Lebensmüde wurde im Auto wagen nach dem Krankenhaus Friedrichstadt gebracht. — Am Selbstmord verhindert wurde in der Nacht zum Freitag am Altstädtler Dampfschiffanleger eine ältere Frau, die im Begriffe war, dort wegen häuslichen Unfriedens in die Elbe zu springen. Einige Herren hielten sie zurück. — Der auswärtige Blätter wissen wollen, bat der Königlich in Radebeul verstorbene Schriftsteller Karl May ein Vermögen vor 5 Millionen Mark hinterlassen.

Gruppe Plauen. In der Versammlungskonzepte vom Donnerstag ist ein Exkumt enthalten: Das Thema muss heißen: "Die Lutherlegende".

Kaufmannsgericht.

Die Firma Karowwerke beschäftigt eine Anzahl italienische Arbeiter darin besteht, an allen Orten Reklame anbringen zu lassen. Sie engagierten sich dazu in aller Regel Rechte zur Diffusion zu verlieren. Von einem derartigen Reisenden soll auch der Reklamebesitzer Karowwerke engagiert worden sein, der jetzt gegen die Firma wegen 189 R. Gebührenwidrigkeit klagt. Nachdem die Firma G. & dem Ende zuging, bewarb er sich bei der Firma um eine Stellung und wurde auch für das Kontakt engagiert. Nach einiger Zeit verlangte man von ihm, er sollte mit Kästen paden. Da er Handlungsbürokrat war, weigerte er sich und wurde entlassen. Die Klage bestreitet jetzt, daß der Kläger als Handlungsbürokrat beschäftigt worden ist. Er sei nichts weiter als Marktheister gewesen und nochmals die Reklamebesitzer bestreitet, daß habe ihn die Firma nur aus Gnade und Fürmerigkeit angestellt und im Sommer beschäftigt. Er sei bewegen, aber Arbeiter geblieben. Die Firma zahlte vergleichsweise 26 Mark.

Gegen die Firma Heinrich Altmann klage die Firma Kleopatra wegen 210,47 R. Gebühren und Gebührenwidrigkeit, die Reisende Krause wegen 174,88 R. Die Kläger waren durch Interessenten engagiert worden, und es kam im Laufe des Dienstes zu Auseinandersetzungen, weil die Firma keinen Platz zu finden gehabt hat, obgleich wollte, obwohl er in dem betreffenden Interessenten angefragt und im schriftlichen Vertrag vereinbart worden war. Infolgedessen gingen die Klägerinnen nicht auf die Stelle und forderten die Entschädigung. Die Klägerin wurde jedoch mit den Klägerinnen nicht Reisezettel vereinbart. Die dem Reisezettel entsprechende Bezeichnung im Interessenten und im schriftlichen Vertrag führt die Klägerin aus Schreiber zurück. Die Begegnungen des Vorwurfs und der Reisezettel widersprechen einander. Die Parteien schließen deshalb einen Vergleich, wonach die Klägerin Kleopatra 118,60 R., die Klägerin Krause 57,80 erhalten. Reisender: Stadionmann Dr. Höhne. Principal-Berichter: Geschäftsführer Kluge und Schreiber.

Aus der Umgebung.

Zaubergast-Leuben-Tollewitz. Montag den 15. April findet der Frauendiskussionsabend im Gasthof Leuben abends 9 Uhr statt. Referat: Der Frauentag am 12. Mai.

Poischappel. Der bissige Gemeinderat nahm in seiner letzten Sitzung Kenntnis von der Errichtung der Gasleitung Döhlen durch die Thüringer Gasgesellschaft. Die Eingabe des Vereins deutscher Lufttechniker und die des deutsch-nationalen Handlungsbürokratverbandes, der um Errichtung einer Handlungsbürokratenschule petitionierte, ließ man auf sich beruhen. Nach Inkrafttreten des neuen Volksbildungsgesetzes soll auch die Errichtung von Mädchenfortbildungsschulen, in denen Hauswirtschaft usw. gelehrt wird, den Gemeinden zur Pflicht gemacht werden. Es sei deshalb wichtiger, das Reisezettel genommen zu haben. Es sei deshalb wichtiger, das abzumelden. Das Kollegium erklärte sich einverstanden mit einer Entschädigung von 70 R. für zwei Bäume, die an der Peinerwitzer Straße von der Bauleitung der Staatsbahn gefällt wurden. Bezeichnet wurde die Linden und Burgwardstraße im Laufe des Jahres beobachtet zu lassen. Die Anlage einer elektrischen Hochspannungsleitung über die Roßthaler Straße stand Genehmigung. Die Aufnahme der Abwasser der Steinholzfabrik zu Döhlen in die Gemeindeleite wurde gegen jährliche Entschädigung von 80 R. für Reinigung und gegen eine einmalige Abfindung von 1000 R. genehmigt. Das Vorrecht der Hausbesitzer soll, die einen Umbau ihres Hauses an der Döhrer Straße plant, stand Befürwortung. Einverstanden war man mit der von der Generaldirektion der Staatsbahn an die Gemeinde zu zahlenden ehemaligen Entschädigung von 4120 R. für die Unterhaltung der lebend elektrischen Lampen an den neuen Bahnhöfen. Bezeichnet wurde die Linde und Burgwardstraße im Laufe des Jahres beobachtet zu lassen. Die Anlage einer elektrischen Hochspannungsleitung über die Roßthaler Straße stand Genehmigung. Die Aufnahme der Abwasser der Steinholzfabrik zu Döhlen in die Gemeindeleite wurde gegen jährliche Entschädigung von 80 R. für Reinigung und gegen eine einmalige Abfindung von 1000 R. genehmigt. Das Vorrecht der Hausbesitzer soll, die einen Umbau ihres Hauses an der Döhrer Straße plant, stand Befürwortung. Einverstanden war man mit der von der Generaldirektion der Staatsbahn an die Gemeinde zu zahlenden ehemaligen Entschädigung von 4120 R. für die Unterhaltung der lebend elektrischen Lampen an den neuen Bahnhöfen. In den Ortsteilversammlungen für die sozialen Schließungsverbände wurde gegen die bisherigen Mitglieder wieder gewählt. Man stimmt dem Vorschlag zu, daß der Binsenausbau für den Wasserleitungsbau an der Burgwardstraße im Betrage von 168 R. nach der Anteilserhöhung erhöht wird. Die Befürworter für die Erdebung der Biersteuer sollen in vergrößertem Umfang neuwählt werden. Gemeinderatsmitglied Kräpelin regte sich auf über die scharfe Kontrolle, die bei Erhebung der Biersteuer ausgeübt werde. Es wurde ihm bedeutet, daß eine solche Kontrolle nicht zu umgehen sei. Dem Pensionatschluß für die Erdebung der Biersteuer sollen in vergrößertem Umfang neuwählt werden. Gemeinderatsmitglied Kräpelin regte sich auf über die scharfe Kontrolle, die bei Erhebung der Biersteuer ausgeübt werde. Es wurde ihm bedeutet, daß eine solche Kontrolle nicht zu umgehen sei. Dem Pensionatschluß für die Erdebung der Biersteuer sollen in vergrößertem Umfang neuwählt werden. Gemeinderatsmitglied Kräpelin regte sich auf über die scharfe Kontrolle, die bei Erhebung der Biersteuer ausgeübt werde. Es wurde ihm bedeutet, daß eine solche Kontrolle nicht zu umgehen sei. Dem Pensionatschluß für die Erdebung der Biersteuer sollen in vergrößertem Umfang neuwählt werden. Gemeinderatsmitglied Kräpelin regte sich auf über die scharfe Kontrolle, die bei Erhebung der Biersteuer ausgeübt werde. Es wurde ihm bedeutet, daß eine solche Kontrolle nicht zu umgehen sei. Dem Pensionatschluß für die Erdebung der Biersteuer sollen in vergrößertem Umfang neuwählt werden. Gemeinderatsmitglied Kräpelin regte sich auf über die scharfe Kontrolle, die bei Erhebung der Biersteuer ausgeübt werde. Es wurde ihm bedeutet, daß eine solche Kontrolle nicht zu umgehen sei. Dem Pensionatschluß für die Erdebung der Biersteuer sollen in vergrößertem Umfang neuwählt werden. Gemeinderatsmitglied Kräpelin regte sich auf über die scharfe Kontrolle, die bei Erhebung der Biersteuer ausgeübt werde. Es wurde ihm bedeutet, daß eine solche Kontrolle nicht zu umgehen sei. Dem Pensionatschluß für die Erdebung der Biersteuer sollen in vergrößertem Umfang neuwählt werden. Gemeinderatsmitglied Kräpelin regte sich auf über die scharfe Kontrolle, die bei Erhebung der Biersteuer ausgeübt werde. Es wurde ihm bedeutet, daß eine solche Kontrolle nicht zu umgehen sei. Dem Pensionatschluß für die Erdebung der Biersteuer sollen in vergrößertem Umfang neuwählt werden. Gemeinderatsmitglied Kräpelin regte sich auf über die scharfe Kontrolle, die bei Erhebung der Biersteuer ausgeübt werde. Es wurde ihm bedeutet, daß eine solche Kontrolle nicht zu umgehen sei. Dem Pensionatschluß für die Erdebung der Biersteuer sollen in vergrößertem Umfang neuwählt werden. Gemeinderatsmitglied Kräpelin regte sich auf über die scharfe Kontrolle, die bei Erhebung der Biersteuer ausgeübt werde. Es wurde ihm bedeutet, daß eine solche Kontrolle nicht zu umgehen sei. Dem Pensionatschluß für die Erdebung der Biersteuer sollen in vergrößertem Umfang neuwählt werden. Gemeinderatsmitglied Kräpelin regte sich auf über die scharfe Kontrolle, die bei Erhebung der Biersteuer ausgeübt werde. Es wurde ihm bedeutet, daß eine solche Kontrolle nicht zu umgehen sei. Dem Pensionatschluß für die Erdebung der Biersteuer sollen in vergrößertem Umfang neuwählt werden. Gemeinderatsmitglied Kräpelin regte sich auf über die scharfe Kontrolle, die bei Erhebung der Biersteuer ausgeübt werde. Es wurde ihm bedeutet, daß eine solche Kontrolle nicht zu umgehen sei. Dem Pensionatschluß für die Erdebung der Biersteuer sollen in vergrößertem Umfang neuwählt werden. Gemeinderatsmitglied Kräpelin regte sich auf über die scharfe Kontrolle, die bei Erhebung der Biersteuer ausgeübt werde. Es wurde ihm bedeutet, daß eine solche Kontrolle nicht zu umgehen sei. Dem Pensionatschluß für die Erdebung der Biersteuer sollen in vergrößertem Umfang neuwählt werden. Gemeinderatsmitglied Kräpelin regte sich auf über die scharfe Kontrolle, die bei Erhebung der Biersteuer ausgeübt werde. Es wurde ihm bedeutet, daß eine solche Kontrolle nicht zu umgehen sei. Dem Pensionatschluß für die Erdebung der Biersteuer sollen in vergrößertem Umfang neuwählt werden. Gemeinderatsmitglied Kräpelin regte sich auf über die scharfe Kontrolle, die bei Erhebung der Biersteuer ausgeübt werde. Es wurde ihm bedeutet, daß eine solche Kontrolle nicht zu umgehen sei. Dem Pensionatschluß für die Erdebung der Biersteuer sollen in vergrößertem Umfang neuwählt werden. Gemeinderatsmitglied Kräpelin regte sich auf über die schar

Gerichtszeitung.

Sandgericht

Drei Schwindelzettel verblieben die 61-jährige Mutter des Hauses Anna Houbrecher aus Saag. Unter der Woche einer ehemaligen Kellnerin wohnte sich die schon zweimal wegen Betrugs vorbelastete Angeklagte auf dem Bureauvorstand eines dänischen Rechtsanwalts ein. Unter dem Hinweis auf eine ihr zustehende Erbschaft verstand sie es, ihrem Opfer innerhalb Jahreszeit 1700 M. abzuschwindeln. Um ihre Angaben glaubhafter zu machen, benutzte sie Briefe und Telegramme, die sie selbst an das geschickt hatte. Auf den ersten Uhr in einem Hause auf der Breitestraße wohnte auch ein Kaufmann, dem sie unter Romanen quartierte sie sich in mehreren Geschäftsräumen ein, blieb ein oder mehrere Nächte da und verschwand dann ohne Recke und Schlagfertig zu bezahlen. Während dieser Tagen sorgte sie für den Kellner im Café-Restaurant um 6 M. Vorgeld und 120 M. Recht an. Am 9. Februar fuhr sie nach Weissen, wo sie auf dem Bahnhof den Postler um 3 M. bestohndelte. Das Urteil lautete wegen wiederholten Bestohndels auf 3 Jahre Zuchthaus, 300 M. Geldstrafe, ebenfalls weitere 40 Tage Zuchthaus sowie 5 Jahre Ehrenrechtsverlust. Für Überzeugung der Meldeordnung erhielt sie 1 Woche Haft.

Zwischenliebstätte. Bei einem Urlaub Goldwaren- und Juwelierhandels P. in Bielefeld (Westfalen-Schlesien) war der 32-jährige Uhrmacher Georg Ledwoch aus Katowitz als Kellalleiter und Verkäufer in Stellung. Er hatte 10 Kronen Gehalt und 40 Prozent Gratifikation für Reparaturen und Verkauf. Im August dieses Jahres unternahm er mit Erlaubnis seines Chefs eine Vergnügungsreise, die 14 Tage dauern sollte. Als Vertrauensperson dachte er für diese Zeit eine Buchhalterin und Verkäuferin bestellt. In dieser Reise hatte er sich mit einer goldenen Uhr aus dem Geschäft, 210 Kronen Wert, ausgestattet und außerdem noch 20 Gold Brillantenringen und einige Uhren im Gesamtwert von gegen 3000 Kronen mitgenommen. Werner hatte er zwei Einlagenbücher der Sparschaf Ratto, mit 3700 M. Einlage (seine Sparparisse) zu sich gebracht. Am 12. August hat er dies Geld bei seiner Ankunft in Katowitz gekündigt und in derselben Stadt aber auch einen von den mitgenommenen Brillantenringen verloren. Den nächsten Tag verplünderte er in Bielefeld wieder einige Brillantenringe und kam am 22. August nach Dresden. Hier ließ er durch Dienstleister wieder einige von den mitgenommenen Brillantenringen verloren und bemerkte sich, die Brillantensteine bei täglicher Abrechnung bewilligte, sie wünschte aber, zumal da ganz neue Tarifformular im Reichsamt vorhanden war (man hatte ja eben noch neue Forderungen beraten und bewilligt), daß die Tarifunterzeichnung auf acht Tage verschoben würde. Man erklärte ihm auch bereit, diese Abmachung schriftlich zu becheinigen. Gesellschafter und Geschäftsführer traten zu einer kurzen, getrennten Aussprache auseinander, und als die gemeinsame Sitzung fortgelegt werden sollte, da brachten sie die Gewerbegehilfen einen neuen Vertrag mit Forderungen, die während der ganzen Verhandlungen noch nicht mit einem Worte auch nur erwähnt worden waren. Der Erfurter Verbandsvertreter erklärte einschließlich: Wenn ich diesen Vertrag unterschreibe, so stellen die Gehilfen morgen (1. September) mich die Arbeit ein!

Diese Tatsat war denn doch den Gesellschaftern, die alle Jahre sechziglang in der Gothaer Gewerbeabteilung in führender Stellung stehen und teilweise den größten Gewerkschaften am Ostvorland (Metallarbeiter, Holzarbeiter, Buarbeiter u. v. o.), zu kündigen und einschließlich erklärten sie unter diesen Umständen sofort für diese Nacht jede weitere Verhandlung ablehnen.

Daher ließen sich die Gewerbegehilfen aber nicht verblüffen.

Nachdem sie sich in der Druckerei der Erfurter Tribüne ein Flugblatt folgenden Inhalts anstellen lassen:

Volkshaus Gotha.

Kündigung! Hier wird gestreikt! Kündigung!

Schon seit Anfang November 1911 stehen die organisierten Gewerbegehilfen zwecks Abschluß eines Rahmenvertrages mit der Geschäftsführung in Unterhandlung.

Es war und ist möglich, Forderungen, die in Betriebstrieben schon bewilligt und in anderen Volkshäusern um die Hälfte höher sind, zu erhalten. Unter den letzten Verhältnissen ist es hingegangen, daß Familienarbeiter mit 45 bis 75 Pf. Tagesspenden zufrieden sein mühten.

Es werden mit Vorsicht Arbeitgeber beschäftigt, während wir oft diese Arbeitstage haben.

Durch das holzhärtige Verhalten der Geschäftsführung wurden wie zum letzten Mittwoch, dem Streik, getrieben.

Wir bitten die Arbeitgeber um Unterstützung unserer Soche.

Es lebe die Solidarität!

Verband der Gewerbegehilfen.

Die Stellthezung.

Es braucht wohl kaum versteckt zu werden, daß dieses Flugblatt von Anfang bis zu Ende verlogen ist. Am Schlusse ist die Behauptung des Familiendarunter mit einem Tagesspenden von 45 Pf. hätten zufrieden sein müssen. Der einzige vollbeschäftigte Tagessellner hat einen garantierten Monatsbedarf von 120 M. (in Wirklichkeit hat er jetzt mehr Verdienst). Dazu kommt aber noch die volle freie Kraft. Die anderen Kellner sind nicht lachmännische Ausbildungssellner, die in ihrem Beruf arbeiten und nur während der Abendstunden bei Versammlungen, Konzerten u. v. o. und Sonntagabenden tätig sind. Ein zweiter Kellner, der nur die Sonntage bei arbeitet, darf nie unter 8 M. und soll ausnahmslos zwischen 10 und 14 M. an diesen Tagen verdient. Die Durchschnittsbedienstete der übrigen, nur wenige Abendbediensteten Kellner beträgt je nach Leistung zwischen 4,5 und 2,70 M. pro Schicht.

Eine am Dienstag laufende Sitzung des Gewerbeausschusses derartete das Vorbringen der Gewerbegehilfen auf das entschieden. Der amtierende Vorsteher des Verbands erklärte, diese Arbeitssitzung sei ohne seine Kommission und ohne sein Einverständnis erfolgt. Der Berliner Generalvorstand des Gewerbegehilfenverbands ließ durch den Mann des Sprechers gleichfalls erklären, daß er diesen Streik entstehen willkürliche und keine Kommission davon gehabt habe, sonst hätte er ihn zu verhindern gesucht. Eine am Abend derselben Tages einberufene, sehr stark besetzte öffentliche Versammlung brachte der Volkshausverwaltung einstimmig ihr Vertrauen aus und maßgeblich das Vorbringen der Kellner.

Mittwoch abend ist der Streik vollständig beendet worden. Der Vertreter des Gewerbeverbands veröffentlicht folgende Erklärung:

Noch näherer Erklärung kann der Inhalt des Flugblatts, daß von den stellenden Kellnern des Volkshauses zu Gotha gegen dieses herausgegeben wurde, nicht aufzuhalten werden.

Verband der Gewerbegehilfen. Gau Sachsen-Thüringen.

To Engel.

Die Einigung kam auf folgender Grundlage zusammen: Sämtliche Kellner werden sofort wieder eingestellt. Sie nehmen den Arbeitsplatz von dem von der Volkshausgesellschaft dem Verband vor Ausschluß des Stells zugestandenen Bedingungen wieder auf.

Wir haben eine ausführliche Darstellung des Falles gegeben,

weil wir der Reichsverband sicher diesen letzten Willen von den 45 Pf. Tagesspenden in "sozialdemokratischen Betrieben" nicht entgehen lassen wird und weil es unseren agitatorisch tätigen Genossen

wie auch den Gewerbegehilfen und beamten, die mit Unternehmern wegen Lohnkämpfen zu verhandeln haben werden, noch

hunderte Male um die Ohren geschlagen werden dürften.

roster.

Kündigung! Reisekasse - Kellner!

Die Kellner der Firma Thomas, Lindenstraße 14, haben die Arbeit niedergelegt. Herr Thomas weigert sich, die minimalen Forderungen anzuerkennen. Der Herr zahlte heute noch 20 Pf. von 30 und 31 Pf. die Stunde, während der Minimallohn 45 Pf. beträgt.

Auch dies noch illegal mindestens 10 Stunden gearbeitet, während

insgesamt 815 M. und verwendete sie für sich. Der Verteidiger plädierte dafür, daß der Angeklagte wenigstens aus der Haft entlassen würde, damit er für seine Frau sorgen könne, bevor er die zu erwartende Strafe antalte. Das Gericht verurteilte ihn aber zu 1 Jahr Gefängnis und lehnte die vorläufige Haftentlassung ab.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Aktionstreit im Gothaer Volkshaus.

Wir hatten schon gestern über den Streit der Kellner im Gothaer Volkshaus kurz berichtet. Der an sich recht bedeutungslose Fall - in seinem Betriebe arbeiten sechs an Sonntagen nur drei bis fünf Männer - wird von der bürgerlichen Presse dermaßen aufgebauscht, daß sich eine genaue Darstellung notwendig macht. Es wird und darüber auf Gotha berichtet:

Die Verhandlungen, die zwischen der Verwaltung des Volkshauses und dem Verband der Gewerbegehilfen seit längerer Zeit schwanden, endeten mit einer Vereinbarung, die auf einen Punkt, die Kellner verlangten einen Minimallohn von 50 Pf. pro Stunde bei täglicher Abrechnung; die Volkshausverwaltung wollte diesen Lohn wohl garantieren, aber bei monatlicher Abrechnung. In der letzten Sitzung, die vor dem Konsult stattfand, erklärte noch der Vertreter des Verbands, der vorliegende der Erfurter Verbandsfikile, die die Gothaer Mitglieder angehören sind, man wolle versuchen, mit den Zugeständnissen, die die Volkshausgesellschaft gemacht habe, auch ohne formellen Tarifabschluß wenigstens für ein Jahr auszukommen. Die Zustimmung der Mitglieder seiner Fikile müsse er aber erst dazu einholen. Die Gewerbegehilfen lehnten aber den Vorschlag ab, und auf Wunsch der Gehilfen sollte sich eine außerordentliche Sitzung des Gothaer Gewerkschaftsrates mit der Frage beschaffen. Die Sitzung hat stattgefunden, und das Fazett wußte eine Zusammensetzung, die die ganze Soche eingehend nachprüfen sollte.

Seit dieser Zeit war Ruhe über den Wahlen. Da erschien plötzlich am Vorabend des Osterfestes der Erfurter Kellalleiter des Gewerbegehilfenverbands und forderte abends gegen 9 Uhr vom Vorliegenden der Gewerkschaft die Unterschrift zu einem Tarifvertrag, den er gleichzeitig vorlegte. Da dies abgelehnt wurde, so wurden die Gesellschafter zusammengetrommelt, und abends gegen 9 Uhr konnte endlich die ganz unvorbereitete Sitzung beginnen. Nach zirka 1½ Stunden Besetzung einigte man sich auch dahin, daß die Volkshausgesellschaft auch die Goranieldhne bei täglicher Abrechnung bewilligte, sie wünschte aber, zumal da ganz neue Tarifformular im Reichsamt vorhanden war (man hatte ja eben noch neue Forderungen beraten und bewilligt), daß die Tarifunterzeichnung auf acht Tage verschoben würde. Man erklärte ihm auch bereit, diese Abmachung schriftlich zu becheinigen. Gestaltete und

bestätigte am Vorabend des Osterfestes der Erfurter Kellalleiter des Gewerbegehilfenverbands und forderte abends gegen 9 Uhr vom Vorliegenden der Gewerkschaft die Unterschrift zu einem Tarifvertrag, den er gleichzeitig vorlegte. Da dies abgelehnt wurde, so wurden die Gesellschafter zusammengetrommelt, und abends gegen 9 Uhr konnte endlich die ganz unvorbereitete Sitzung beginnen. Nach zirka 1½ Stunden Besetzung einigte man sich auch dahin, daß die Volkshausgesellschaft auch die Goranieldhne bei täglicher Abrechnung bewilligte, sie wünschte aber, zumal da ganz neue Tarifformular im Reichsamt vorhanden war (man hatte ja eben noch neue Forderungen beraten und bewilligt), daß die Tarifunterzeichnung auf acht Tage verschoben würde. Man erklärte ihm auch bereit, diese Abmachung schriftlich zu becheinigen. Gestaltete und

bestätigte am Vorabend des Osterfestes der Erfurter Kellalleiter des Gewerbegehilfenverbands und forderte abends gegen 9 Uhr vom Vorliegenden der Gewerkschaft die Unterschrift zu einem Tarifvertrag, den er gleichzeitig vorlegte. Da dies abgelehnt wurde, so wurden die Gesellschafter zusammengetrommelt, und abends gegen 9 Uhr konnte endlich die ganz unvorbereitete Sitzung beginnen. Nach zirka 1½ Stunden Besetzung einigte man sich auch dahin, daß die Volkshausgesellschaft auch die Goranieldhne bei täglicher Abrechnung bewilligte, sie wünschte aber, zumal da ganz neue Tarifformular im Reichsamt vorhanden war (man hatte ja eben noch neue Forderungen beraten und bewilligt), daß die Tarifunterzeichnung auf acht Tage verschoben würde. Man erklärte ihm auch bereit, diese Abmachung schriftlich zu becheinigen. Gestaltete und

bestätigte am Vorabend des Osterfestes der Erfurter Kellalleiter des Gewerbegehilfenverbands und forderte abends gegen 9 Uhr vom Vorliegenden der Gewerkschaft die Unterschrift zu einem Tarifvertrag, den er gleichzeitig vorlegte. Da dies abgelehnt wurde, so wurden die Gesellschafter zusammengetrommelt, und abends gegen 9 Uhr konnte endlich die ganz unvorbereitete Sitzung beginnen. Nach zirka 1½ Stunden Besetzung einigte man sich auch dahin, daß die Volkshausgesellschaft auch die Goranieldhne bei täglicher Abrechnung bewilligte, sie wünschte aber, zumal da ganz neue Tarifformular im Reichsamt vorhanden war (man hatte ja eben noch neue Forderungen beraten und bewilligt), daß die Tarifunterzeichnung auf acht Tage verschoben würde. Man erklärte ihm auch bereit, diese Abmachung schriftlich zu becheinigen. Gestaltete und

bestätigte am Vorabend des Osterfestes der Erfurter Kellalleiter des Gewerbegehilfenverbands und forderte abends gegen 9 Uhr vom Vorliegenden der Gewerkschaft die Unterschrift zu einem Tarifvertrag, den er gleichzeitig vorlegte. Da dies abgelehnt wurde, so wurden die Gesellschafter zusammengetrommelt, und abends gegen 9 Uhr konnte endlich die ganz unvorbereitete Sitzung beginnen. Nach zirka 1½ Stunden Besetzung einigte man sich auch dahin, daß die Volkshausgesellschaft auch die Goranieldhne bei täglicher Abrechnung bewilligte, sie wünschte aber, zumal da ganz neue Tarifformular im Reichsamt vorhanden war (man hatte ja eben noch neue Forderungen beraten und bewilligt), daß die Tarifunterzeichnung auf acht Tage verschoben würde. Man erklärte ihm auch bereit, diese Abmachung schriftlich zu becheinigen. Gestaltete und

bestätigte am Vorabend des Osterfestes der Erfurter Kellalleiter des Gewerbegehilfenverbands und forderte abends gegen 9 Uhr vom Vorliegenden der Gewerkschaft die Unterschrift zu einem Tarifvertrag, den er gleichzeitig vorlegte. Da dies abgelehnt wurde, so wurden die Gesellschafter zusammengetrommelt, und abends gegen 9 Uhr konnte endlich die ganz unvorbereitete Sitzung beginnen. Nach zirka 1½ Stunden Besetzung einigte man sich auch dahin, daß die Volkshausgesellschaft auch die Goranieldhne bei täglicher Abrechnung bewilligte, sie wünschte aber, zumal da ganz neue Tarifformular im Reichsamt vorhanden war (man hatte ja eben noch neue Forderungen beraten und bewilligt), daß die Tarifunterzeichnung auf acht Tage verschoben würde. Man erklärte ihm auch bereit, diese Abmachung schriftlich zu becheinigen. Gestaltete und

bestätigte am Vorabend des Osterfestes der Erfurter Kellalleiter des Gewerbegehilfenverbands und forderte abends gegen 9 Uhr vom Vorliegenden der Gewerkschaft die Unterschrift zu einem Tarifvertrag, den er gleichzeitig vorlegte. Da dies abgelehnt wurde, so wurden die Gesellschafter zusammengetrommelt, und abends gegen 9 Uhr konnte endlich die ganz unvorbereitete Sitzung beginnen. Nach zirka 1½ Stunden Besetzung einigte man sich auch dahin, daß die Volkshausgesellschaft auch die Goranieldhne bei täglicher Abrechnung bewilligte, sie wünschte aber, zumal da ganz neue Tarifformular im Reichsamt vorhanden war (man hatte ja eben noch neue Forderungen beraten und bewilligt), daß die Tarifunterzeichnung auf acht Tage verschoben würde. Man erklärte ihm auch bereit, diese Abmachung schriftlich zu becheinigen. Gestaltete und

bestätigte am Vorabend des Osterfestes der Erfurter Kellalleiter des Gewerbegehilfenverbands und forderte abends gegen 9 Uhr vom Vorliegenden der Gewerkschaft die Unterschrift zu einem Tarifvertrag, den er gleichzeitig vorlegte. Da dies abgelehnt wurde, so wurden die Gesellschafter zusammengetrommelt, und abends gegen 9 Uhr konnte endlich die ganz unvorbereitete Sitzung beginnen. Nach zirka 1½ Stunden Besetzung einigte man sich auch dahin, daß die Volkshausgesellschaft auch die Goranieldhne bei täglicher Abrechnung bewilligte, sie wünschte aber, zumal da ganz neue Tarifformular im Reichsamt vorhanden war (man hatte ja eben noch neue Forderungen beraten und bewilligt), daß die Tarifunterzeichnung auf acht Tage verschoben würde. Man erklärte ihm auch bereit, diese Abmachung schriftlich zu becheinigen. Gestaltete und

bestätigte am Vorabend des Osterfestes der Erfurter Kellalleiter des Gewerbegehilfenverbands und forderte abends gegen 9 Uhr vom Vorliegenden der Gewerkschaft die Unterschrift zu einem Tarifvertrag, den er gleichzeitig vorlegte. Da dies abgelehnt wurde, so wurden die Gesellschafter zusammengetrommelt, und abends gegen 9 Uhr konnte endlich die ganz unvorbereitete Sitzung beginnen. Nach zirka 1½ Stunden Besetzung einigte man sich auch dahin, daß die Volkshausgesellschaft auch die Goranieldhne bei täglicher Abrechnung bewilligte, sie wünschte aber, zumal da ganz neue Tarifformular im Reichsamt vorhanden war (man hatte ja eben noch neue Forderungen beraten und bewilligt), daß die Tarifunterzeichnung auf acht Tage verschoben würde. Man erklärte ihm auch bereit, diese Abmachung schriftlich zu becheinigen. Gestaltete und

bestätigte am Vorabend des Osterfestes der Erfurter Kellalleiter des Gewerbegehilfenverbands und forderte abends gegen 9 Uhr vom Vorliegenden der Gewerkschaft die Unterschrift zu einem Tarifvertrag, den er gleichzeitig vorlegte. Da dies abgelehnt wurde, so wurden die Gesellschafter zusammengetrommelt, und abends gegen 9 Uhr konnte endlich die ganz unvorbereitete Sitzung beginnen. Nach zirka 1½ Stunden Besetzung einigte man sich auch dahin, daß die Volkshausgesellschaft auch die Goranieldhne bei täglicher Abrechnung bewilligte, sie wünschte aber, zumal da ganz neue Tarifformular im Reichsamt vorhanden war (man hatte ja eben noch neue Forderungen beraten und bewilligt), daß die Tarifunterzeichnung auf acht Tage verschoben würde. Man erklärte ihm auch bereit, diese Abmachung schriftlich zu becheinigen. Gestaltete und

bestätigte am Vorabend des Osterfestes der Erfurter Kellalleiter des Gewerbegehilfenverbands und forderte abends gegen 9 Uhr vom Vorliegenden der Gewerkschaft die Unterschrift zu einem Tarifvertrag, den er gleichzeitig vorlegte. Da dies abgelehnt wurde, so wurden die Gesellschafter zusammengetrommelt, und abends gegen 9 Uhr konnte endlich die ganz unvorbereitete Sitzung beginnen. Nach zirka 1½ Stunden Besetzung einigte man sich auch dahin, daß die Volkshausgesellschaft auch die Goranieldhne bei täglicher Abrechnung bewilligte, sie wünschte aber, zumal da ganz neue Tarifformular im Reichsamt vorhanden war (man hatte ja eben noch neue Forderungen beraten und bewilligt), daß die Tarifunterzeichnung auf acht Tage verschoben würde. Man erklärte ihm auch bereit, diese Abmachung schriftlich zu becheinigen. Gestaltete und

bestätigte am Vorabend des Osterfestes der Erfurter Kellalleiter des Gewerbegehilfenverbands und forderte abends gegen 9 Uhr vom Vorliegenden der Gewerkschaft die Unterschrift zu einem Tarifvertrag, den er gleichzeitig vorlegte. Da dies abgelehnt wurde, so wurden die Gesellschafter zusammengetrommelt, und abends gegen 9 Uhr konnte endlich die ganz unvorbereitete Sitzung beginnen. Nach zirka 1½ Stunden Besetzung einigte man sich auch dahin, daß die Volkshausgesellschaft auch die Goranieldhne bei täglicher Abrechnung bewilligte, sie wünschte aber, zumal da ganz neue Tarifformular im Reichsamt vorhanden war (man hatte ja eben noch neue Forderungen beraten und bewilligt), daß die Tarifunterzeichnung auf acht Tage verschoben würde. Man erklärte ihm auch bereit, diese Abmachung schriftlich zu becheinigen. Gestaltete und

bestätigte am Vorabend des Osterfestes der Erfurter Kellalleiter des Gewerbegehilfenverbands und forderte abends gegen 9 Uhr vom Vorliegenden der Gewerkschaft die Unterschrift zu einem Tarifvertrag, den er gleichzeitig vorlegte. Da dies abgelehnt wurde, so wurden die Gesellschafter zusammengetrommelt, und abends gegen 9 Uhr konnte endlich die ganz unvorbereitete Sitzung beginnen. Nach zirka 1½ Stunden Besetzung einigte man sich auch dahin, daß die Volkshausgesellschaft auch die Goranieldhne bei täglicher Abrechnung bewilligte, sie wünschte aber, zumal da ganz neue Tarifformular im Reichsamt vorhanden war (man hatte ja eben noch neue Forderungen beraten und bewilligt), daß die Tarifunterzeichnung auf acht Tage verschoben würde. Man erklärte ihm auch bereit, diese Abmachung schriftlich zu becheinigen. Gestaltete und

bestätigte am Vorabend des Osterfestes der Erfurter Kellalleiter des Gewerbegehilfenverbands und forderte abends gegen 9 Uhr vom Vorliegenden der Gewerkschaft die Unterschrift zu einem Tarifvertrag, den er gleichzeitig vorlegte. Da dies abgelehnt wurde, so wurden die Gesellschafter zusammengetrommelt, und abends gegen 9 Uhr konnte endlich die ganz unvorbereitete Sitzung beginnen. Nach zirka 1½ Stunden Besetzung einigte man sich auch dahin, daß die Volkshausgesellschaft auch die Goranieldhne bei täglicher Abrechnung bewilligte, sie wünschte aber, zumal da ganz neue Tarifformular im Reichsamt vorhanden war (man hatte ja eben noch neue Forderungen beraten und bewilligt), daß die Tarifunterzeichnung auf acht Tage verschoben würde. Man erklärte ihm auch bereit, diese Abmachung schriftlich zu becheinigen. Gestaltete und

bestätigte am Vor

Was trägt die moderne Frau?

Was die moderne Frau trägt,
finden Sie in größter Auswahl

zu unvergleichlich niedrigen Preisen

bei

ALSBERG

Dieser reinseidene Mantel

schwarz Taffet, mit capuchonartiger Hölzergarnitur mit Quasten und Rosetten, apart mit schwarzer, reichgarnierter Tüllborte garniert 27.00

Reinseidener Mantel

Paisette orangeant, lila, blau, grün, braun, plau, elegant mit schwarzer Tüllborte und Rosetten garniert 36.00

Reinseidener Mantel

prima schwarz Taffet, hoch-elegante Ausführung, sehr schicke Form 39.00

Taffet-Glacé-Mäntel

grün, marine, bleu, gendarm, sehr elegant mit Tüll, Quasten, Rosetten und Grelots garniert 48.00

Reinseidene Jacketts

prima schwarz Taffet, mit Seide gefüttert, aparte neue Fassons 35.50

Seidene Jackenkleider

zwe schwarz oder marine Taflet oder Taffet-Glacé, wunderbare neue Moden 58.00

Jackenkleider

in englischem Charakter, teils echt englische Stoffe, Jackett auf Seide, tadellose Sitz 19.50

Jackenkleider

aus reinweil. Chevrot oder prima Eman-
gen ed. Madonnenkreise, Jackett auf Seide, vorzügliche Stoffe und Verarbeitung 16.50

Gesellschafts- u. Strassentoiletten

in Seide, Voile, Marquise, Popeline etc., teils Originalkopien von Paquin, Poiret und anderen ersten Pariser Häusern

von 22.50 bis 16.50

Bastseidene Paletots

hervorragende Qualitäten, 130 bis 140 cm lang, aparte Fass., teils Ragan reg. Preis 42.00 bis 58.00, nur 38.00 und 25.00

Mädchen-Konfektion

Kleider, Paletots, Mäntel, Capes, Blusen, Röcke, Turnkleider für jedes Alter in überwältigender Auswahl zu

bekannt niedrige Preisen.

Popeline-Paletots

von 70 bis 140 cm lang, in marine, mode, tabak und grau, aparte, schicke neue Fassons 13.50

Schwarze Paletots

aus reinweil. Tuch, 130 bis 140 cm lang, teils mit Kurzellei, Spitzen, Rüschen, Tressen- und Posamentgarnierung 18.50

6000
Blusen

neue Neuheiten, in Batist, Stick-Stoff, Voile, Marquise, Mousseline, Seide, Popeline, Tüll, Spuckstoff

von 4.50 bis 1.50

Morgenröcke



1200
Kostüm-Röcke

aparte neue Fassons in marine oder schwarz Kammgarn, Tuch, Chevrot, Popeline oder Seide, oder Stoffe in englischem Charakter in neuesten Farbenönen

von 36.00 bis 3.75

Matinees

Achtung, Steinarbeiter!

Da der Vertrauensmann, Kollege Seidel, verunglückt ist, werden die Tarifangelegenheiten für Dresden durch Kollegen Gustav Beyer, Dresden, Werkplatz Fleisch und Blumert, Hamburger Str., erledigt.

Die Ortsverwaltung.

Riesenposten
eleganter Hutblumen



Zigarren
Zigaretten
Tabak
sowie sämtliche vorchristliche
Schul-Artikel
Richard Fischer
Dr. Striebel, Augusteumstr. 21
Ecke Winterberger Straße.

Nur Galeriestr. II

Nähe des Altmarktes liegen Sie Ihre Kleider, von Herrschaften wenig gern, **Blitz-Wahnsinige** u. M. - 16. - Ulster, Vatertags u. M. - 18. - Kinderanzüge aus gutem Stoff v. M. 2.50, Peinerinen v. M. 5. - Hosen, Schuhe v. M. 1.50, neue Musteranz. d. j. Stoff v. M. 15.-20, Damensonst. v. M. 5.-10, Bonbon v. M. 5. - Nederhosen v. M. 10 an, Kinderschuhe von 15.-20 M., auch zu vereinigen. Auswärtige Rund. Rabattverrechnung.

Patente
Gehr.-West. Waren. aller Länder
Erfolge

auch in schwierigen Fällen nachgewiesen. Wir gewisschaffte Ausführung Garantie. Tel. 4682 Dresden-A. Waisenhausstr. 32.

Patentbüro Hülsmann

Anfertigung von

Herrengarderoben, Damenkleidern

von

mitgebrachten Stoffen.

Moderne und gute Verarbeitung.

Wähige Preise.

Jos. Hawlik, Schiebengasse 10, III.

Frauen! +

In der Regel-
mäßigkeit der sich wiederholenden

Einfüsse meiner wert. Damenfunk-
schaft haben Sie den besten Beweis

d. d. Güte meiner Ware. Ausführungs-
versandh. Amor. Frauenstr. 8 u. 10.

Eine grosse Posten

Sofabezüge

in glatten und gepressten

Pflisch, Moquette

Coteline u. w.

Grosse Auswahl in Tisch-
decken und Portieren in Filz-
fach, Pflisch und Leinen

Steppdecken

Maschinen- und Hand-
arbeit, zu enorm billigen

Preisen bei

Kupfermann

Dresden, Pillnitzer Str. 14, I.

Kein Laden!

Der auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung mit
größter Anerkennung aufgenommene

Blutreinigende

— Likör „Kräuterseppi“

ist für jedes Jahr für angeleidlich empfohlen, ist erhältlich in

Apotheken oder nachweislich durch den alten Fabrikanten

F. Meyer, Ottendorf-Okrilla. Bezugnahmen von Aerzen

und Gewürze über erfolgte Heilwirkungen jederzeit zu Diensten.

Das beste und sparsamste Schuh- und Leder-

pugmittel ist, wissen jetzt alle Frauen, Dienst-

mädchen, Hoteldiener etc.

Verlangen Sie bitte nur Pilo!

Palais de danse

„Tivoli“

Sonntag und Montag:

Großstadt-Ballfeste
Kage-Orchester.

Hochachtungsvoll Hermann Hoffmeister.

Sehr gut erhalten. Holzschruppen
15 Quadratmeter Höhe, passend
für Turnvereine oder Obstbäume.
Röhren aus gutem Stoff v. M. 2.50,
Pelerinen v. M. 5. - Hosen, Schuhe
v. M. 1.50, neue Musteranz. d. j. Stoff v. M. 2.50,
Stoff v. M. 15.-20, Damensonst. v. M. 5. - Neder-
hosen v. M. 10 an. Kinderschuhe von 15.-20 M., auch zu vereinigen.
Auswärtige Rund. Rabattverrechnung.

Bettwäsche, Leibwäsche

Erstlingswäsche

seine alte Stoffe
für Wäsche und

Hausbedarf.

Seine Waren

großartig, günstig Preise.

Ernst Venus

Gehr. 1882
Krennstraße 28

28

Binden-Ernst

Binden-Ernst